

Landesinfo Baden-Württemberg



gerechte Löhne. Das ist gut für die Beschäftgten und für die Rente. Schluss mit Lohndumping und Rentenkürzungen. Die Renten müssen mit den Löhnen steigen. www.die-rente-die-linke.de

Eine für alle und alle für alle Beschäftigten Sicherheit geben. Wir wollen

Beamte sollen leil der großen Familie werden. Das stärkt die Solidarität, gibt der Rente Stabilität und schafft Soziale Sicherheit in unsicheren Zeiten. www.die-rente-die-linke.de

Wer einzahlt, muss davon leben können

Altersarmut. Das ist ungerecht.
Die Rente soll für Beschäftigte
im Alter den Lebensstandard
absichern. Wir kämpfen für
eine sofortige Erhöhung der
Renten um vier Prozent.
www.die-rente-die-linke.de

Plakatserie der LINKEN zum Thema Rente

Wir Frauen haben sie verdient.

bezahlt werden. In der kente müssen Beitragsjahre mit niedrigen Einkommen sowie Zeiten der Kindererziehung, Ausbildung und Arbeitssuche höher bewertet werden, www.die-rente-die-linke.de

Kampagne

Gute Arbeit

– gute Rente s. 3

1. Mai 2008

"Unsere Chance liegt in der Bewegung" Seite 5

Ulrich Maurer

Finanzmärkte regulieren s. s

Schulen

Nach der Demo: Was nun Herr Rau?

Seite 12

Die LINKE vor Ort

Von Mannheim bis nach Ravensburg

Seite 14

EU-Urteil

Marktliberalismus pur Seite 21

Inhalt

Heidi Scharf: Wir brauchen eine neue Alterteilzeit	4
1. Mai 2008: "Unsere Chance liegt in der Bewegung"	5
■■■ Afghanistan-Kongress & Kampagne	e 7
Heike Hänsel: Ernährungs- souveränität als Ziel	8
Finanzmarktkapitalismus überwinden	9
Linksjugend ['solid] in Aktion	10
Nach der Stuttgarter Demo: Was nun Herr Rau?	12
Die Verfassungsfeinde	12
Karin Binder unterstützt Gentechnik-Gegner	13
Aus den Orten: Mannheim, Heidelberg Ravensburg	14
Wachstumsmarkt "Modernisierung der Verwaltung"	20
Aus den Arbeitsgemeinschaften	22
■■■ Berichte und Termine	24

Das nächste Landesinfo erscheint im Juli 2008.

Berichte und Termine

Redaktionsschluss für das Landesinfo 3/2008 ist der 1. Juli 2008

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der LINKEN.

Beilagenhinweis: Mitgliederzeitung "Neue Linke".

DIE LINKE braucht Eure Beiträge und Spenden

Liebe Genossinnen und Genossen,

Unten erinnern wir an die vom Gründungsparteitag beschlossene Beitragstabelle. Wir bitten alle Mitglieder, sich entsprechend ihrer Nettoeinkünfte und Lebensumstände selbst einzuschätzen und ggf. den monatlichen Beitrag

Derzeit führen wir bei solchen Mitgliedern eine Telefonaktion durch, die mit ihrer Beitragszahlung länger im Verzug sind. Unser Ziel ist, dass alle Mitglieder regelmäßig ihrer Beitragspflicht nachkommen, denn ohne Geld kann eine Partei nicht arbeiten.

Im Landesbüro und für die Buchhaltung bedeutet es eine enorme Arbeitsentlastung, wenn der Beitrag per Lastschriftverfahren eingezogen werden kann. Die Mehrheit der Mitglieder hat sich inzwischen für dieses Verfahren entschieden.

Mitglieder die Ihren Beitrag nicht monatlich bezahlen, sondern vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich per Dauerauftrag oder Überweisung entrichten, bitten wir, die Zahlungen am Anfang der jeweiligen Periode vorzunehmen. Unsere Bankverbindung: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70; Konto 289582700

Christoph Cornides (Landesschatzmeister) und Barbara Hoffmann (Landesbüro).

Beitragstabelle

Sie ist der Orientierungsrahmen für die Entrichtung des Mitgliedsbeitrages. Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Tabelle ohne Nachweispflicht selbst ein und legt seinen Mitgliedsbeitrag selbst fest. Je unterhaltsberechtigtes Familienmitglied kann eine Beitragsstufe niedriger gewählt werden. Weitere gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern das Nettoeinkommen um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß. Der für die jeweilige Einkommensspanne angegebene Betrag des Mitgliedsbeitrages gilt jeweils als Mindestanforderung für die Entrichtung des Beitrages.

Monatliches Nettoeinkommen in Euro			n Euro	Monatlicher Mindestbeitrag in Euro
unter	400			1,50
über	400	bis	500	3,00
über	500	bis	600	5,00
über	600	bis	700	7,00
über	700	bis	800	9,00
über	800	bis	900	12,00
über	900	bis	1000	15,00
über	1000	bis	1100	20,00
über	1100	bis	1300	25,00
über	1300	bis	1500	35,00
über	1500	bis	1700	45,00
über	1700	bis	1900	55,00
über	1900	bis	2100	65,00
über	2100	bis	2300	75,00
über	2300	bis	2500	85,00
darüber:				4 Prozent des Nettoeinkommens

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Impressum Herausgeber und Verlag:

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@ die-linke-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Delegierte zum Bundesparteitag gewählt

In den letzten Wochen fanden in Baden-Württemberg fünf regionale Mitgliederversammlungen statt: in Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen, Stuttgart und Waldenburg (Hohenlohe). An den Versammlungen nahmen rund 500 Mitglieder teil.

Diskutiert wurde über die aktuellen Aufgaben der Partei und über die Vorbereitung des Wahljahres 2009. Am 7. Juni 2009 finden gleichzeitig die Europawahl und Kommunalwahlen in Baden-Württemberg statt. Im Herbst 2009 folgt dann die Bundestagswahl.

Auf den Versammlungen wurden entsprechend dem Delegiertenschlüssel 24 Delegierte zum Bundesparteitag gewählt.

Vier für die Region Nord-Ostwürttemberg:

Susanne Kempf (Ostalb), Silvia Ofori (Hohenlohe), Anita Schmidt (Main-Tauber), Johannes Müllerschön (Heilbronn)

Sechs für die Region Nordbaden:

Anni Böse (Baden-Baden/Rastatt), Elwis Capece (Karlsruhe), Renate Flühr (Heidelberg/Rhein-Neckar), Jutta Graf-Baier (Mannheim), Dietmar Rudolf (Mannheim), Edgar Wunder (Heidelberg/Rhein-Neckar).

Sechs für die Region Stuttgart:

Marta Aparicio (Stuttgart), Jan Eckhoff (Göppingen), Annette Groth (Stuttgart), Wolfgang Kämmerer (Esslingen), Peter Schimke (Ludwigsburg), Ursula Schorlepp (Stuttgart).

Vier für die Region Südbaden:

Julia Theresa Meier (Freiburg), Dirk Spöri (Freiburg), Lars Stern (Ortenau), Brigitte Tondar-Sigl, (Lörrach).

Vier für die Region Südwürttemberg-Hohenzollern

Mirco Kolarczik (Ravensburg), Elke Lison (Reutlingen), Gerlinde Strasdeit (Tübingen), Herbert Wilzek (Biberach).

Die Delegierten (und die Ersatzdelegierten) des Bundesparteitages sind auf zwei Jahre gewählt. Der Bundesparteitag hat mehrere Tagungen. Gemeinsam mit dem Landesvorstand fand am 27. April eine Beratung zur Vorbereitung des Cottbuser Parteitages statt. Über die Ergebnisse berichten wir auf Seite 21.

Gute Arbeit – Gute Rente

Michael Schlecht, Mitglied im Parteivorstand und gewerkschaftspolitischer Sprecher DIE LINKE.



Es droht ein massiver Anstieg der

Altersarmut. Beschäftigte, die in den nächsten 20 Jahren weniger als dreiviertel eines Durchschnittsverdienstes erhalten – das sind nach heutigem Geldwert knapp 1900 Euro im Monat – werden nur eine Grundsicherung erhalten. Das sind rund 650 Euro. Besonders bedroht sind Frauen. Und die Menschen in den neuen Bundesländern.

Sozialverbände schlagen jüngst wieder Alarm. Und: Aufregung in der Großen Koalition. "Die gefürchtete Lafontaine-Linke plane eine große populistische Rentenkampagne." So liest man. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion beschloss die Regierung jetzt eine Rentenerhöhung. Statt 0,46 Prozent sollen die Rentnerinnen und Rentner 1,1 Prozent erhalten. Wie großzügig! Bei einer

voraussichtlichen Preissteigerung von 2,5 Prozent. Und nachdem seit 2000 die Renten preisbereinigt um sechs Prozent gesunken sind. Aber die "Großzügigkeit" soll sich in Grenzen halten: Der Zuschlag soll nach 2012 wieder abgezogen werden.

Seit Schröder und Riester geht es nicht mehr um die Sicherung der Rente. Es geht um die Sicherung der Profite der Unternehmer. Sie sollen nie mehr als elf Prozent Beitrag bezahlen müssen. Deshalb der Höchstbeitragssatz von 22 Prozent. Und in der Folge wurden die Renten gekürzt. Will man das durch Privatvorsorge ausgleichen, müssen sechs Prozent aufgebracht werden. So wächst die Gesamtbelastung für Beschäftigte auf bis zu 17 Prozent! Dies muss man jedoch alleine tragen. So wurde die Parität aufgebrochen. Selbst Bismarck dreht sich im Grab um - wegen einer sozialdemokratisch geführten Regierung!

Und es droht eine Legitimationskrise. Millionen Beschäftigte werden sich fragen, weshalb sie noch Beiträge zur Rentenversicherung einzahlen, wenn es am Ende nur die Grundsicherung gibt.

Start der Rentenkampagne auf dem Parteitag in Cottbus

Auf dem Parteitag im Mai wird die Rentenkampagne erstmalig eine wichtige Rolle spielen. Die Plakatserie zur Kampagne unter dem Slogan "Die Rente. DIE LINKE." wird vorgestellt, mit der auf die verschiedenen Schwerpunkte innerhalb der Rentenkampagne eingegangen wird. Außerdem wird die Kampagnenhomepage freigeschaltet, auf der es Informationen zu den parlamentarischen Aktivitäten, zu Aktionen in Ländern und Kreisen, die Termine von Veranstaltungen vor Ort, Informationen zu den Materialien der Kampagne und vieles mehr geben wird. Auch Buttons und Argumentationsmaterial wird es geben.

Im Sommer 2008 startet die Rentenkampagne dann mit Arbeitskonferenzen in den Landesverbänden. In Baden Württemberg hat dazu bereits eine Arbeitskonferenz stattgefunden. Am 7. Juni wird es eine Großveranstaltung mit Oskar Lafontaine geben. Danach soll es Aktionen, Infostände und Veranstaltungen in den Kreisverbänden geben.

Im September und Oktober 2008 tourt die Linksfraktion durchs Land. Schwerpunktthema: Die Rente. Veranstaltungen in den Ländern widmen sich ebenfalls der Rente. Höhepunkt:

eine große rentenpolitische Konferenz der Linksfraktion in Bayern im September.

Rüttgers Renten-Vorschlag landet als "Bettvorleger"

Jürgen Rüttgers (CDU) beherrschte die Schlagzeilen, nachdem er eine Rentenreform gefordert hat. Menschen, die ein Leben lang in die Rentenkasse eingezahlt hätten, so der NRW-Ministerpräsident, müssten mehr Rente als die Grundsicherung beziehen. Der Parteivorstand der CDU aber verweigerte sich dieser Forderung. Partei-Vize Klaus Ernst (DIE LINKE): "Rüttgers ist zu kurz gesprungen und als Bettvorleger der neoliberalen Camarilla um Kanzlerin Merkel gelandet". Eine bedarfsabhängige Rente für langjährig versicherte Geringverdiener gäbe es bereits. "Sie nennt sich Grundsicherung im Alter." Ernst forderte die CDU auf, die Dämpfungsfaktoren aus der Rentenformel zu streichen und sich für einen Mindestlohn einzusetzen. "Dann wäre auch der Weg frei für eine Rente nach Mindestlohn. Wer 40 Jahre Vollzeit zum Mindestlohn gearbeitet hat, hätte nach dem Konzept der Linken eine Rente von mindestens 800 Euro - ganz ohne entwürdigende Bedarfsprüfungen."

Auch deshalb müssen wir wieder zurück zur Sicherung des Lebensstands in der Rente. Die Kürzungsfaktoren von Riester und Schmidt müssen gestrichen werden. Dies ist der Kern der Rentenkampagne der Linken.

Die Regierung geht davon aus, dass bis 2030 für die Altervorsorge ein Gesamtbeitrag von 28 Prozent erforderlich ist. 11 Prozent sollen die Unternehmer und 17 Prozent die Beschäftigten zahlen. Bei paritätischer Finanzierung sparen die Beschäftigten! Das will DIE LINKE. Sie zahlen dann nicht 17, sondern 14 Prozent, ebenso wie die Unternehmer. Sie müssen also drei Prozent-Punkte mehr beitragen. Selbst bei sehr niedrigen Steigerungsraten der Produktivität in den nächsten 20 Jahren können die Unternehmer dies zahlen.

Häufige Arbeitslosigkeit, unsichere Jobs, Minijobs, Leiharbeit und Lohndumping beinträchtigen ebenfalls die Aussichten für eine gute Rente. Wir brauchen auch die Zurückdrängung, die Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Sicherung guter Löhne und Gehälter. Gerade auch, damit später die Rente stimmt. Und wir brauchen gute Arbeitsbedingungen. Denn der Grad des lebenslangen Verschleißes entscheidet darüber wie unsere Lebensbedingungen im Alter aussehen. Und ob der Lebensabend überhaupt erreicht wird. Gute Arbeit – gute Rente! Beides gehört zusammen.

Wir brauchen eine neue Altersteilzeit

Heidi Scharf



Die IG Metall fordert für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie eine Nachfolgeregelung zur tariflichen Altersteilzeit. Hintergrund ist: Die

gesetzliche Altersteilzeitregelung läuft zum 31.12.2009 aus und damit auch die bis dahin gültigen Tarifverträge. Die dadurch wegfallende Zuzahlung durch die Agentur für Arbeit bei Wiederbesetzung macht einen neuen Abschluss schwierig.

Die IG Metall muss daher zweigleisig fahren. Zum einen muss sie den Druck auf die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien erhöhen, um auch weiterhin eine Zuzahlungsmöglichkeit bei Wiederbesetzung und eine verbesserte Teilrente zu regeln. Zum anderen muss sie den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen für einen möglichen Tarifabschluss, aber auch, dass

Landesarbeitsgemeinschaft betrieb & gewerkschaft zum Thema: Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente

Erfolgreiche Arbeitskonferenz zum Auftakt der Rentenkampagne

Am 26. April trafen sich 50 interessierte Genossinnen und Genossen aus über 20 Kreisverbänden zur ersten Arbeitskonferenz "Rente" in Stuttgart. Michael Schlecht zeigte auf, mit welcher Systematik die Neoliberalen an der Zerstörung des Rentensystems arbeiten. Nutznießer sind die Arbeitgeber und die Versicherungswirtschaft. Manch einer war erstaunt, als Schlecht forderte, die Beiträge zur Rente auf 28 Prozent anzuheben, was einem Arbeitnehmeranteil von 14 Prozent entspricht, also mehr als drei Prozent mehr, als im Moment. Die Erklärung lieferte die Erkenntnis, dass die Arbeitnehmer eigentlich 17 Prozent aufbringen müssten, um der Armutsrente zu entgehen. Das Argument von "mehr netto in der Tasche" entpuppt sich so als leeres Gerede, denn das Gegenteil ist der Fall: "Eigenverantwortung bedeutet, dass Arbeitnehmer überteuerte und risikobehaftete Privatversicherungen alleine schultern müssen."

Sieghard Bender, der Erste Bevollmächtigte der Esslinger IG Metall, zeigte dann auf, wo in der kommenden Tarifrunde um die Fortschreibung der Altersteilzeitregelungen die Knackpunkte liegen. "Mit der Rente erst ab 67 haben sie uns die Hälfte der Arbeitszeit weggenommen, die unsere Väter für uns erstritten haben." Bender berichtete, dass die Wut in den Betrieben groß ist, und dass er von einer harten Tarifrunde ausgeht. Besonderen Wert legte er auf den Zusammenhang der Altersteilzeitregelungen mit der Übernahme von Werksstudenten oder Auszubildenden. Hasso Ehinger diskutierte dann über das weitere Vorgehen: In den Kreisen solle versucht werden, gemeinsam mit den Sozialverbänden zu gemeinsamen Aktionen zu kommen: "Die Sozialverbände sind gerade sehr rege, das muss man nutzen". Bei den Teilnehmern war sichtlicher Tatendrang und Aufbruchstimmung erkennbar, so dass die Veranstalter zuversichtlich waren, dass die Konferenz zu vielen Aktionen führen wird.

Es wurde auf die Großveranstaltung am 7. Juni in Stuttgart hingewiesen mit Oskar Lafontaine, dem Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans-Jürgen Urban, und mit der stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden Marion von Wartenberg.

Auf unserer Homepage ist auf der Rentenseite das Wichtigste abzurufen, zum Beispiel die Power-Point-Präsentation der Partei oder die offiziellen Unterlagen der IG Metall.

http://www.bg-lag-bw.de/Themen/Rente Stefan Dreher

Südbaden: Regional-AG Betrieb und Gewerkschaft gegründet:

"Aufschwung für wen? – Umverteilung statt weiterer Sozialabbau" – Unter diesem Motto fand am 6. Mai die Gründungsveranstaltung der AG mit Sybille Stamm in Freiburg statt. Vor etwa 30 interessierten GewerkschafterInnen sagte Sybille Stamm: "DIE LINKE. ist das schlechte Gewissen der Sozialdemokratie!" Nach einer lebhaften Diskussion verständigten sich die Anwesenden auf inhaltliche Schwerpunkte ihrer Arbeit. Das nächste Treffen der Regional-AG ist am Dienstag, 10.6.08 im DGB-Keller in Freiburg.

sie ebenfalls bei der Bundesregierung und den Parteien Druck macht für eine Anschlussregelung.

Die Arbeitnehmerinnen brauchen auch in Zukunft die Möglichkeit für einen gleitenden Übergang in die Altersrente. Unter den heutigen Arbeitsbedingungen ist es den Wenigsten möglich bis 65 oder gar 67 zu arbeiten.

Kernelemente eines neuen Anschlusstarifvertrages sollen aus Sicht der IG Metall sein:

- Ein kollektiver Anspruch durch erzwingbare Betriebsvereinbarung
- Verbesserung der materiellen Ausstattung, insbesondere für untere Entgeltgruppen
- Berücksichtigung der rentenrecht-

- lichen Veränderungen, insbesondere bei der Berechnung und Höhe der Abfindungszahlung.
- Altersteilzeit soll Chancen für die Übernahme Auszubildender schaffen.
- Eine neue Regelung darf nicht zu Lasten der Beschäftigten zustande kommen.

Die Altersteilzeit ist ein wichtiges Instrument zur nachhaltigen Beschäftigungssicherung.

Altersteilzeit ermöglicht den gesicherten Ausstieg Älterer und den Einstieg Jüngerer auch in Zukunft.

Altersteilzeit ermöglicht eine aktivere Lebensgestaltung im Alter.

Altersteilzeit ermöglicht den Betrie-

ben durch die damit verbundene Übernahme der Auszubildenden und die Einstellung von jungen gut qualifizierten Beschäftigten laufend neues Wissen zu erhalten und damit höchste Qualität produzieren zu können.

Wer meint, dass die Verhandlungen der reinste Spaziergang sind, täuscht sich. Die Arbeitgeber wollen den Beschäftigten die Kosten der Altersteilzeit aufbürden, die Übernahme der Auszubildenden wollen sie auf keinen Fall damit koppeln. Die Arbeitgeber meinen, die Altersteilzeit wäre heute schon für die meisten finanziell zu attraktiv ausgelegt. Ohne Druck läuft also nichts. In Baden-Württemberg begannen die Verhandlungen am 28. April. Bis Ende Juni soll ein Ergebnis erzielt sein. Die Mobilisierung ist angelaufen, Aktionspläne sind erstellt.

Heidi Scharf ist Mitglied im Parteivorstand und Gewerkschaftspolitische Sprecherin der Partei DIE LINKE.

Spitzenforschung nur mit Spitzenmitbestimmung

Karin Binder unterstützt Betriebsrat in Sachen Mitbestimmung im Karlsruhe Institute of Technology (KIT)



Am 16. April lud der Betriebsrat des Forschungszentrums Karlsruhe (FZK) zu einer Betriebsversammlung und einem anschließenden Symposium mit WissenschaftsexpertInnen sowie Vertreterinnen aus Gewerkschaften und Politik. Als einzige Bundestagsabgeordnete dabei war Karin Binder. Zentrales Thema der Veranstaltungen war die betriebliche Mitbestimmung und deren Fortführung bei der Fusion zwischen der Universität Karlsruhe und der Bundesforschungseinrichtung FZK. Der Betriebsrat des FZK stellte heraus, dass die gute betriebliche Mitbestimmung, sowie die wissenschaftliche Mitbestimmung fortgeführt werden muss - auch im aus der Fusion hervorgehenden Karlsruhe Institute of Technology (KIT). Der Betriebsrat befürchtet, dass diese Mitbestimmung im Zuge der Umstrukturierung und der neuen Geltung des Personalvertretungsgesetzes unter die Räder kommen könnte. Während GewerkschafterInnen und Karin Binder dieses Anliegen voll unterstützten, hielten sich die anwesenden KIT-Vertreter und die Referentin aus dem Wissenschaftsministerium bedeckt.

"Unsere Chance liegt in der Bewegung"

Bernd Riexinger, (Geschäftsführer Verdi Stuttgart und Landesvorsitzender der Linken Baden-Württemberg) auf der Kundgebung am



1. Mai in Stuttgart (Auszüge)

Der Daimler-Chef Zetsche kritisierte in den "Stuttgarter Nachrichten" die hohen Tarifabschlüsse, wie sie in der Stahl-Branche und im öffentlichen Dienst durchgesetzt wurden. Durch hohe Tarifabschlüsse würde die wirtschaftliche Situation gefährdet. Gleichzeitig verteidigte er die Managergehälter in Deutschland.

Man muss es sich mal vorstellen. Die Managergehälter der Dax-notierten Betriebe sind im letzten Jahr um 14 % auf durchschnittlich 2,9 Millionen Euro gestiegen. Das macht pro Person eine Erhöhung um sage und schreibe 400.000 Euro aus

400 000 Euro mehr im Jahr sind gerechtfertigt aber 120 Euro mehr im Monat für eine Erzieherin sind zu viel und gefährden die Wirtschaft. Diese Haltung drückt die ganze moralische und soziale Verkommenheit der wirtschaftlichen Klasse in diesem Land aus. Anders kann man es nicht sagen.

Weder der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst noch der in der Stahlindustrie sind zu hoch. Im öffentlichen Dienst haben die Beschäftigten drei Jahre hintereinander keinen einzigen Euro auf die Tariftabelle dazu bekommen. Die Reallöhne sind drei Jahre hintereinander gesunken. Es war höchste Zeit, dass dieser verhängnisvolle Trend gebremst wurde und die Beschäftigten wieder mehr Geld im Geldbeutel haben. Das wurde uns jedoch nicht geschenkt. Ohne die 280 000 Kolleginnen und Kollegen, die bei dem Warnstreiks mitgemacht haben, davon allein 2 x 15.000 in der Region Stuttgart, und ohne die glaubwürdige Androhung eines großen bundesweiten Streikes hätte es gar nichts gegeben. Die Arbeitgeber, voran Bundesinnenminister Schäuble, haben gewusst, dass Verdi streikfähig ist. Deshalb haben sie auf den Schlichterspruch noch einmal 2,5 bis 3 Prozent drauf gesetzt und sogar einen Sockelbetrag, der die unteren Einkommen deutlich mehr anhebt zugestehen müssen. Zum ersten Mal seit über 20 Jahren ist es uns wieder gelungen, die Schere zwischen unteren und oberen Einkommen etwas zu schließen. Das ist dringend notwendig, denn gerade die Beschäftigten, die wenig verdienen, leiden besonders unter den hohen Preisen. Was nützt es, wenn Handys, Auslandreisen und Elektrogeräte billiger werden, aber die Lebensmittelpreise, die Energiekosten und die Miete um 10 und mehr Prozent steigen?

"Löhne zu niedrig ... "

Die Löhne in Deutschland sind nicht zu hoch, sie sind eindeutig zu niedrig. Zwei Millionen Menschen bekommen weniger als 5 Euro in der Stunde. Das ist im europäischen Vergleich einzigartig. 22 % der Beschäftigten gehören in Deutschland zu den Geringverdienern. In keinem anderen Land ist der Anteil des Niedriglohnsektors so stark gestiegen wie bei uns. Es ist eine nicht hinnehmbare Schande, dass in einem der reichsten Länder der Welt 6,5 Millionen Menschen so wenig verdienen, dass sie von ihrer Arbeit nicht vernünftig leben können. Es ist auch eine absolute Lüge, dass es sich bei den Geringverdienern um Menschen mit geringer Qualifikation handelt.

Die krebsartige Ausdehnung des Niedriglohnbereiches und der prekär Beschäftigten ist von den Arbeitgeberverbänden und der sie repräsentierenden politischen Kräfte gewollt. Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen wurde durchgesetzt, dass die Erwerbslosen jede Arbeit, sei sie auch noch so mies bezahlt, annehmen müssen. Deshalb sind alle Krokodilsträhnen derjenigen, die die Agenda 2010 mit verabschiedet haben, unglaubwürdig und heuchlerisch. Wenn wir wieder Löhne durchsetzen wollen, von denen die Menschen leben können, sind zwei Forderungen zentral:

- 1. Hartz IV muss weg und wir brauchen eine Grundsicherung, die ein würdiges Leben ermöglicht
- 2. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Arm trotz Arbeit darf es bei uns nicht geben.
- (...) Knapp 77 % der Bevölkerung sind der Meinung, dass der wirtschaftliche Aufschwung bei ihnen nicht ankommt. Ein Blick in ihren Geldbeutel macht den Widerspruch zwischen dem tollen Aufschwung-Gerede von Frau Merkel oder Herrn Glos und der Leere. die sie dort sehen, überdeutlich. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte gibt es einen wirtschaftlichen Aufschwung, in dem die Löhne gesunken sind. Das gab es noch nie. Fast den gesamten Zuwachs des Volkeinkommens haben sich ausschließlich die Kapitalbesitzer angeeignet. Die Gewinne sind ins unermessliche gestiegen. Die Schere bei



DIE Linke. in Ulm am 1. Mai 2008, auf den Straßen, auf dem Münsterplatz und über dem Münsterplatz.

der Vermögensverteilung ist noch einmal auseinander gegangen. 10 % besitzen über 60 % des Geldvermögens. 2/3 besitzen nichts. Sieht so eine gerechte Gesellschaft aus?

Schere Armut - Reichtum

Nur für eine kleine Schicht der Bevölkerung gibt es einen gewaltigen Aufschwung. Es ist dramatisch, dass auf der einen Seite der Reichtum einiger wenige gewaltig steigt, während eine wachsende Mehrheit keinerlei Vermögen besitzt und die Zahl der Armen mehr wird. Immer mehr Beschäftigte mit mittleren Einkommen rutschen ab. Den Milliarden an Kapital-Vermögen und Managergehältern in Millionenhöhe stehen 2,7 Millionen Kinder gegenüber, die in Armut leben. Doppelt so viele übrigens wie vor der Agenda 2010. In den letzten 15 Jahren wurde in einer Art und Weise und in einem ungeheuerlichen Umfang von unten nach oben umverteilt, dass es uns schier die Sprache verschlägt. Diese Umverteilung war politisch gewollt durch die Senkung der Löhne, durch zahlreiche Steuergeschenke und Vergünstigungen für die Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer (...)

Wir erleben heute, verstärkt durch die neoliberale Politik verschiedener Regierungen einen entfesselten finanzmarktgesteuerten Kapitalismus, in dem erstmals Armut und wachsende existenzielle Unsicherheit zur Alltagsrealität in den reichen Ländern gehört. Hunderte von Milliarden an billigem Geld muss in die Finanzmärkte gesteckt werden, damit sie nicht zusammen brechen. Es wird uns weisgemacht, dass wir die Risiken Milliarden oder gar Billionen schwerer Spekulationsblasen wegen der Globalisierung eingehen müssen, selbst wenn ganze Volkswirtschaften zusammenbrechen. Die Gleichen, die jede Art von Eingriff des Staates in den freien Markt geißelten, als sie Milliarden-Gewinne scheffelten, wie Josef Ackermann, rufen dann nach dem Staat, wenn ihnen die Risiken zu groß sind.

Wir sollen es als normal betrachten, dass Billionen Euro täglich über die internationalen Finanzmärkte gejagt werden. Über 80 % zu Spekulationszwecken. Wir sollen es für selbstverständlich halten, dass damit Firmen aufgekauft ausgeschlachtet, Belegschaften entlassen, Betriebsteile abgestoßen und dem Rest die Zinsen in Rechnung gestellt werden. Wir sollen es auch als Naturgesetz akzeptieren, dass Kapitalrenditen von 15-20 % versprochen werden, die letztlich von unserer Arbeit finanziert werden müssen. Dass mit Milliarden-Summen auf die Zukunft, auf die Entwicklung der Währungen, Schweinehälften, der Rohölpreise und wer weiß was gewettet wird, soll uns nicht erschüttern. Wir sollen es auch widerstandslos hinnehmen, dass das über Jahrzehnte angehäufte Volksvermögen in Gestalt der Bundesbahn, der Post, der Energieversorgungsunternehmen, der Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, unserer Nahverkehrsunternehmen, der Wasserversorgung diesem Kreislauf der Profitwirtschaft und Spekulation einverleibt wird. Wir sollen uns daran gewöhnen, dass die Nahrungsmittelpreise steigen, in vielen Teilen der Welt Hungersnöte ausbrechen, weil Getreide, Mais und Soja nicht nur zu Biosprit verwendet werden, sondern zum neuen Objekt der Finanzspekulanten geworden sind. Wir sollen es auch für selbstverständlich halten, wenn die Böden in erster Linie zum zubetonieren, Luft und Klima als Tragfläche für Billigflieger begriffen werden.

Wenn es schief geht, das Spielcasino gesprengt und sich die Kupons als wertlos erweisen, sollen wir aber brav und ohne zu murren die Zeche bezahlen.

Das ist nicht die Gesellschaft, die wir der heutigen und den künftigen Generationen überlassen wollen.

Solidarische Gesellschaft

Nicht nur heute am 1. Mai malen wir am Bild einer humanen, demokratischen, friedlichen, sozialen und solidarischen Gesellschaft. Dazu gehört für uns,

- dass die Menschen nicht für die Wirtschaft sondern die Wirtschaft für die Menschen da ist. Eine Wirtschaft, die das nicht erfüllt, kann und muss geändert werden.
- Der Reichtum einer Gesellschaft danach bemessen wird, wie es den Ärmsten geht. Armut in einer reichen Gesellschaft darf niemals akzeptiert werden.
- Der Reichtum in der Gesellschaft muss gerecht verteilt werden. Kapitalbesitzer, Reiche und Vermögende müssen endlich wieder mehr Steuern bezahlen und zum gesellschaftlichen Wohl beitragen.
- Bildung, Gesundheit, Altersversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr, Kindererziehung, Kultur, Wasserversorgung u.v.a.m. gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht Markt- und Profitinteressen untergeordnet werden. Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen lehnen wir ab. Im Gegenteil, bereits privatisierte Bereiche, wie die Energieversorgung müssen wieder rekommunalisiert werden.
- Baden-Württemberg ist das Bundesland mit dem Bildungssystem, das die härteste soziale Auswahl trifft. Es ist empörend, dass die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängen. Dass die Schule die Chancenungleichheit noch verschärft, anstatt die Benachteiligten zu fördern ist im 21. Jahrhundert unfassbar. Kein Kind darf auf dem Bildungswege verloren gehen.

Der 1. Mai ist ein internationaler Kampftag. Die richtige Antwort auf die Globalisierung des Kapitals ist die Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung. Wir freuen uns, wenn unsere Kollegen und Kolleginnen in Rumänien, Tschechien oder Polen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken. Das ist der richtige Weg. Nicht unsere Löhne dürfen sinken, sondern deren Löhne müssen steigen. Nicht Wettbewerbspartnerschaft um die billigsten Standorte ist unser Weg sondern internationale Solidarität für hohe soziale und tarifliche Standards in Eu-

"Jeder gegen Jeden – Jeder für sich?"

Jürgen Stamm, ehemaliger Bevollmächtigter der IG-Metall und Mitglied der LINKEN hielt die 1. Mai-Rede des DGB in Tübingen. Hier ein Zitat:

Die zunehmende Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft führt zu Verhaltensweisen, die unsere demokratische Ordnung in Gefahr bringen.

Das "Jeder gegen Jeden" und "Jeder für sich", wird der demokratischen Kultur unseres Landes den Boden vergiften und damit die Gefahr autoritärer Lösungen befördern.

Die Forderung nach der Verbetriebswirtschaftlichung, der Privatisierung aller Lebensbereiche, macht auch vor den herrschenden politischen Debatten der christlichen Parteien nicht Halt.

Vor der Privatisierung der regionalen oder kommunalen Struktur unserer Daseinsvorsorge bei Energie und Wasser haben sie uns erzählt, das führe zu mehr Wettbewerb, Kostenund Preissenkungen.

Wir erleben das Gegenteil: Konkurrenz schafft Konkurrenz ab, es steigt die Abhängigkeit von großen Konzernen und es steigen die Verbraucherpreise und es kann nicht gleichgültig sein, wer die Macht über die regionale Versorgung hat. Das betrifft sowohl die Wasserversorgung, die Energie und die Gesundheitsvorsorge sowie die Bildung. Das sind Güter, die nicht als Ware zu handeln sind, sie gehören zur gesellschaftlichen Aufgabe und müssen von der gesamten Gesellschaft für die Zukunft gesichert werden. Dazu gehört auch die Bürgerversicherung.

Wir dürfen nicht alle Lebensbereiche der Profitgier von internationalen privaten Großinvestoren überlassen. Sie müssen effizient und kostengünstig im Interesse der Verbraucher organisiert werden – keine Frage –, aber sie müssen den Menschen dienen, nicht dem Profit der Investoren.

ropa und weltweit. Genauso wichtig ist uns die Solidarität mit den Migranten und Migrantinnen in Deutschland. Die Gewerkschaftsbewegung bekämpft auf das Entschiedenste rassistische, nationalistische und fremdenfeindliche Bestrebungen. Wir treten ein für Toleranz, Gleichberechtigung und Integration.

Wir kämpfen für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa. Das Modell eines wirtschaftsliberalen Europas, eines Europas des Kapitals, den Lohn- und Sozialdumpings, wie es auch in den Lissabon-Verträgen festgeschrieben ist, lehnen wir ab. Der erste Mai ist eng verbunden mit dem Kampf gegen Krieg und für Frieden in Europa und der ganzen Welt. Imperialistische Kriege um den Zugang zu billigen Energieressourcen und Rostoffen stoßen auf unseren klaren Widerstand. Deutschland und Europa werden weder im Hindukusch noch sonstwo auf der Welt verteidigt. Auslandseinsätze und Kriege als Mittel der Politik lehnen wir ab. Statt weltweite Verteilungskämpfe mit Waffen und Krieg herbei zu führen, brauchen wir eine Weltwirtschaftsordnung, die allen Menschen eine soziale Lebensperspektive bietet und den schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen zum Ziel erhebt.

Dafür kämpfen wir. Wir lassen uns die Hoffnung auf eine humane, soziale und solidarische Gesellschaft nicht nehmen. Die Gewerkschaftsbewegung hat Zukunft. Ihre Chance liegt in der Bewegung – der Mitglieder.

Afghanistan-Kongress & Kampagne: Material und Informationen

Ende April wurde das Verteidigungsministerium zitiert, es plane nicht wie vorgesehen im Herbst, sondern bereits im Frühsommer über die Verlängerung des Afghanistaneinsatzes abstimmen zu lassen. Diese Meldung wurde zwar sofort von Verteidigungsminister Jung dementiert. Aber eins ist klar: Die Nervosität seitens der Regierung wächst. Grund für uns nachzulegen!

Wie bereits berichtet findet am 7. und 8. Juni in Hannover ein Kongress der Friedensbewegung zur Situation in Afghanistan, Hintergründen des Krieges und Alternativen statt. Weitere Informationen per email: kontakt@afghanistan-kongress.de

Wir bitten die Mitglieder und Sympathisant/innen der LINKEN, den Kongress zu bewerben. Flyer und Plakate sind über das KIZ im Karl-Liebknecht-Haus zu bestellen (Tel: 24009-236, kiz@die-linke.de). Weiteres Material könnt ihr auch auf dem Parteitag in Cottbus mitnehmen.

Die Petition gegen die Mandatsverlängerung könnt ihr an das Karl-Liebknecht-Haus schicken. Wir sammeln sie dort und übergeben sie dann der Friedensbewegung. Adresse: DIE LINKE Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin.

Weitere Vorschläge, wie Ihr die Aktivitäten für die Beendigung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan vor Ort in Eure Arbeit integrieren könnt findet ihr im Leitfaden der Kampagne über die Websites der Bundes- und Landespartei.

CDU/CSU will Militäreinsätze zur Rohstoffkontrolle ohne Parlamentsbeteiligung

Zur Verabschiedung einer "Sicherheitsstrategie für Deutschland" durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte am 6. Mai Tobias Pflüger, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses (AFET) und Koordinator der Linksfraktion (GUE/NGL) im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments:

Heute will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine 16-seitige "Sicherheits-strategie für Deutschland" verabschieden. Obwohl das Papier erst morgen der Öffentlichkeit vorgestellt wird, zeigen Vorabberichte schon jetzt, dass hiermit eine umfassende Militarisierung der Außen- und Innenpolitik angestrebt wird. Geplant ist u.a. die Bildung eines "Nationalen Sicherheitsrats" analog zu den USA, mit dem eine Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse im Kanzleramt bezweckt wird; ferner soll die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit noch weiter aufgeweicht und die Möglichkeiten für Bundeswehreinsätze im Inland ausgeweitet werden. "Das ist ein konservativer Militarisierungs-Horrorkatalog.", so der Europaabgeordnete der Linksfraktion Tobias Pflüger.

Ganz unverhohlen propagiert die CDU/CSU-"Sicherheitsstrategie für Deutschland" auch Militär- und Kriegseinsätze zur Durchsetzung nationaler Interessen: "Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen", heißt es in dem Papier. Die CDU/CSU-Sicherheitsstrategie plädiert dafür, die Bundeswehr müsse "auch dann kurzfristig einsatzfähig sein, wenn eine Entschei-

dung des Deutschen Bundestages nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann: "Das ist ein Angriff auf den Parlamentsvorbehalt und damit ein Angriff auf die Demokratie", so Tobias Pflüger. Diese Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts zielt auch darauf ab, die deutsche Beteiligung an Einsätzen der EU-Kampftruppen (Battle Groups) am Parlament vorbei zu ermöglichen. Diese EU-Battle-Groups sollen innerhalb von nur 5 bis 30 Tagen in Konfliktgebiete verlegt werden können. Im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlamentes, fragte ich die damalige britische Ratspräsidentschaft, wie die kurze Einsatzzeit mit dem deutschen Parlamentsvorbehalt zu vereinbaren sei. Diese erklärte, von deutscher Seite sei signalisiert worden, dass die Battle Groups auf jeden Fall einsatzbereit wären, ob mit oder ohne vorheriger Zustimmung des deutschen Bundestages.

In dieses Bild passt, dass der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Christian Schmidt (CSU) Vorratsbeschlüsse für EU-Battle-Groups und NATO-Response-Forces fordert. "Nachdem bereits das Europäische Parlament über keinerlei Mitentscheidungsrechte hinsichtlich EU-Militäreinsätze verfügt, soll mit der "Sicherheitsstrategie für Deutschland" nun auch der deutsche Bundestag ausgehebelt und somit die formale Gewaltenteilung in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden de facto aufgehoben werden", so Tobias Pflüger.

Heike Hänsel (MdB): Ernährungssouveränität muss zentrales Ziel der Entwicklungszusammenarbeit werden

Der Kampf gegen Hunger erfordert einen grundlegenden Wandel in der Entwicklungs- und Handelspolitik", erklärt Heike Hänsel in Reaktion auf die heutige Pressekonferenz der Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul mit dem Generaldirektor des International Food Policy Research Institute, Joachim von Braun

Der Preisanstieg für Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt ist maßgeblich auf den Biosprit-Boom zurückzuführen. Darauf hat Frau Wieczorek-Zeul ganz richtig hingewiesen. DIE LINKE unterstützt ausdrücklich das Vorgehen der Ministerin, die weitere Erhöhung der Biospritbeimischung und den Einsatz von Getreide und Ölfrüchten bei der Biosprit-Produktion vorerst zu stoppen. Wir hoffen, dass sich ihr Standpunkt auch in der Bundesregierung durchsetzen wird.

Wir unterstützen auch die Pläne des BMZ, Kleinbauern in Entwicklungslän-

Angebot für Venezuela-Veranstaltungen

Der Begriff vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts ist allgegenwärtig in Venezuela – wohin aber entwickelt sich der bolivarische Prozess und wer sitzt am Steuer? Ist es tatsächlich die "Revolution der Ausgeschlossenen", die endlich ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen? Oder haben die Kritiker aus der venezoelanischen Linken Recht mit ihrer Behauptung, dass Bürokratie und Korruption den Prozess schon lange dominieren, trotz oder wegen der Figur eines Hugo Chávez?

Ende Februar reisten 30 Delegierten von Die Linke.SDS für drei Wochen nach Venezuela, darunter auch zwei Delegierte aus Baden-Württemberg. Bei der Tour standen nicht nur die Vorzeigeprojekte der Regierung auf dem Programm, sondern auch die Auseinandersetzung mit den Schwierigkeiten und Widersprüchen in Venezuela und Treffen mit linken Kritikern von Chávez.

Kreisverbände, Ortsgruppen von Linksjugend [,solid] und Hochschulgruppen von Die Linke.SDS können unsere beiden Delegierten für Veranstaltungen vor Ort anfragen.

Kontakt: Barbara Fath, Freiburg, E-Mail: barbara.fath@web.de, Telefon: 0160 / 98 202 101

Pablo Klinkisch, Heidelberg, E-Mail: pklinkisch@hotmail.com, Telefon: 06221 / 63 949 46

dern zu stärken. Das wird aber nur gelingen, wenn ein grundlegender Wandel in der Entwicklungszusammenarbeit und der Handelspolitik durchgesetzt werden kann. Der neoliberalen Vorstellung, Ernährungssicherheit und Entwicklung seien durch den Zugang zum Weltmarkt herzustellen, muss eine deutliche Absage erteilt werden. Diese Vorstellung hat leider auch Ministerin Wieczorek-Zeul noch in dieser Legislaturperiode wiederholt vertreten. Und genauso sieht auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in vielen Bereichen aus: Die Unterstützung für ländliche Entwicklung wurde immer weiter zurückgefahren, stattdessen exportorientierte Landwirtschaft gefördert, Handelshilfe ("Aid for Trade") in den Mittelpunkt gerückt und Freihandelsabkommen wie die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) durchgesetzt – oftmals gegen den Willen der Partnerländer.

Kleinbauernorganisationen haben schon seit langem vor der Zerstörung der wichtigsten Grundlagen für die Welternährung durch Freihandel und Exportorientierung gewarnt und bislang kein Gehör gefunden. Das muss sich ändern.

DIE LINKE unterstützt das Fazit des Weltagrarberichts: Rückbesinnung auf traditionelle Landwirtschaft und Förderung der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, denen durch die bisherige Politik vielfach die Existenzgrundlage genommen worden war.

DIE LINKE fordert die Abkehr vom Freihandelsdogma und die schnelle Abschaffung der Agrarexportsubventionen zum Schutz der lokalen Produzenten vor den Importfluten aus der EU. Stattdessen: massive Unterstützung für die ländliche Entwicklung im Süden mit dem Ziel, dort Ernährungssouveränität zu erreichen oder wieder herzustellen.



Am 18. März war ein Kamerateam des SWR-Fernsehens im Regionalbüro Ulm (Sendetermin: 9.4., Abendschau BW). Wegen der Entscheidung, dass im Herbst die Schließung des Ulmer SPD-Büros ansteht, war es für die FernsehmacherInnen wert zu berichten, dass die Linke in Ulm ein Büro eröffnet hat. Schlussfolgerung: Nicht nur (aber auch), weil es bei der Linken besser geht, geht es der SPD schlechter.

Finanzmärkte regulieren – Finanzmarktkapitalismus überwinden

Ulrich Maurer in einer Pressekonferenz am 12. April:

Die Konkurrenz um die Rendite treibt die Banken weltweit und auch in Deutschland dazu, die Risiken von Krediten über sog. Verbriefungen



auf Wertpapiermärkte auszulagern. Was ursprünglich die durchaus sinnvolle Funktion der Ausweitung der Kreditspielräume und der Risikostreuung hatte, verkommt zur Risikoverschleierung; die Resultate sind heute bei IKB, SachsenLB, BayernLB und WestLB, aber auch bei den führenden deutschen Privatbanken zu besichtigen.

Weil die Risiken einer erneuten Weltwirtschaftskrise für die Stabilität der Demokratie und für das politische Verhalten breiter Teile der Bevölkerung derzeit nicht abschätzbar sind, hat der Parteivorstand heute Eckpunkte linker Alternativen formuliert:

- Die Rückwirkung des internationalen Finanzmarktkapitalismus auf die Konjunktur ist offensichtlich. Kreditbremsen werden angezogen, Milliardenverluste nach unten durchgereicht. Der Beginn der Rezession in den USA ist inzwischen unbestritten. Auch hierzulande zeichnet sich das Ende des "Aufschwungs" ab. Auf nationaler Ebene sind deshalb unmittelbar greifende Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage und zur Umverteilung von oben nach unten überfällig (Abbau der Massenarbeitslosigkeit, Zukunfts-Investitionsprogramm, Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme, Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors, Arbeitszeitverkürzung, stärkere Besteuerung von Gewinnen und großen Vermögen und Erbschaften).
- Der Finanzmarktkapitalismus hat mit seiner Durchdringung aller Bereiche der Wirtschaft tief greifende Spuren in den Unternehmensstrukturen hinterlassen. Der "shareholder value" diktiert die Unternehmensentscheidungen, in den Vorständen haben die Finanzabteilungen das Sagen. Wer keine 25 Prozent Eigenkapital-Rendite vorweisen kann, fordert Massenentlassungen, Ersatz von Festanstellung durch Leiharbeit und Abbau von Mitbestimmung. Finanzmarktkapitalismus und Zunahme prekärer Beschäftigung sind zwei Seiten einer Medaille. Vorrangig ist deshalb: Abbau des Niedriglohnsektors, Einführung des gesetzlichen Mindestlohns,

Abbau der Leiharbeit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Ausbau der Mitbestimmung.

Nach dem Debakel ertönt das Gejammer über die Versager von Finanzindustrie und Aufsichtsbehörden. Nachdem die Deregulierung jahrzehntelang als das Allheilmittel gegen die Sklerose des Systems gepriesen wurde, rufen nun ausgerechnet die Urheber der Krise nach dem Staat. Die Re-Regulierung muss sofort beginnen – allerdings nicht mit dem Ziel, die Spekulanten zu retten, sondern die Realwirtschaft. Mit Blick auf die nationale Finanzaufsicht heißt dies: Stopp der Risikoverschleierung durch strikte Eigenkapital-Unterlegung aller Transaktionen, Verbot der Bewertung von Kreditverbriefungen durch private Ratingagenturen, Unterwerfung des Kredithandels unter die Finanzaufsicht, Zulassung des Kreditverkaufs nur mit Zustimmung der Kreditnehmer und Einführung einer Börsenumsatzsteuer. In der EU brauchen wir eine stärkere Koordinierung der nationalen Finanzaufsichtssysteme und die Einrichtung einer öffentlich-rechtlich verfassten Ratingagentur. Auf internationaler Ebene geht es um Forderungen nach Kapitalverkehrskontrollen, Einführung von Währungszielzonen, Tobinsteuer und sowie um die Gründung eines von den Kreditinstituten finanzierten Stabilitätsund Sicherungsfonds zur kurzfristigen Verhinderung von Bankenzusammenbrüchen. Eine Abwälzung von Verlusten auf die Steuerzahler/-innen darf es nicht geben.

4 So sehr die Zügel der Finanzaufsichtsorgane angezogen werden müssen, so sehr ist dabei angesichts ihres Versagens in der Vergangenheit Skepsis angebracht. Auch der Glaube an die Steuerungsfähigkeit der Notenbanken hat nach den mehrfach wirkungslosen Liquiditätsspritzen gelitten. Nicht die "Gier der Banken" (Steinbrück) ist das Hauptproblem, viel grundlegender ist die Gier der Anleger, d.h. der Renditedruck, der die Pensions-, Hedge- und Private-Equity-Fonds zur Forderung nach immer höheren Margen treibt. Wer die Ursachen dieser Gier nicht angeht, verschiebt die Probleme nur nach hinten. Gefordert sind in erster Linie: Rückbau der Privatisierung der Alterssicherung, Verbot der Investition von Pensionsfonds und Lebensversicherungen in Private-Equity- und Hedge-Fonds, Reduzierung der Finanzierung über Kredithebelung und Ausweitung der Mitbestimmung bei Unternehmensübernahmen durch Finanzinvestoren.

Nicht zu vergessen ist die Gier der Banker und Finanzinvestoren, also die Privatinteressen der handelnden Subjekte. Wir haben nicht nur die systembedingte Gier der Banken, Fonds und Finanzinvestoren, sondern auch die Jagd nach den Sonderboni und Optionen. Heute kassiert im Durchschnitt jeder US-Banker 180.000 Dollar Boni zusätzlich zum Gehalt und damit mehr als doppelt soviel wie in den Hochzeiten der New Economy. Mit dem Finanzmarktkapitalismus ist unauflösbar verbunden eine wachsende Schamlosigkeit der Bereicherung. Die Vergütungssysteme von Konzernen und Finanzinvestoren gehören auf den Prüfstand, sie müssen durch Eingriffe im Aktienrecht und durch Verschärfung des geplanten Risikobegrenzungsgesetzes unter die Lupe genommen werden. Die Gesamtbezüge von Managern dürfen das 20fache eines sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der untersten Lohnund Gehaltsgruppe nicht übersteigen. Für zu verantwortende Schäden ist eine Manager-Haftung einzuführen.



Über Aktionen und
Fraktionen, über Infostände
und Hartz-IV-Beratung.
Über »große« Politik und
»kleine« Basisgruppe.
Mit Berichten, Porträts,
Interviews und Reportagen
(nicht nur) aus dem politischen
Alltag. Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro. Im Jahresabo für 21,60 Euro: DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin disput@die-linke.de Telefon (030) 24 00 95 10



www.die-linke.de

Einladung zum Landesjugendtreffen im Rahmen des Pfingstferien-Camps an 17. Mai

Liebe Genossinnen und Genossen, Im Rahmen unseres Pfingstcamps findet am Samstag den 17. Mai ab 16 Uhr ein Landesjugendtreffen statt. Dazu wollen wir Euch hiermit herzlich Einladen. Auf diesem Treffen wollen wir uns austauschen und landesweite Aktionen des Jugendverbandes planen. Für alle Genossinnen und Genossen, die nicht am Pfingstcamp teilnehmen, aber zum Landesjugendtreffen kommen, organisieren wir selbstverständlich auch an diesem Tag einen Transfer vom Bahnhof bis zum Veranstaltungsort. Hinweise zur Anfahrt könnt ihr dem Pfingstcamp-Flyer entnehmen, den ihr unter www. solid-bw.de ansehen könnt.

Ihr könnt Euch natürlich auch noch kurzfristig für das Camp anmelden. Es lohnt sich! Mit sozialistischen Grüßen,

dein LandessprecherInnenrat



Feriencamp vom 16. bis 18. Mai im Schwarzwald

Das traditionelle

Pfingstcamp des Jugendverbands findet dieses Jahr vom 16. bis 18. Mai im Schwarzwald statt. In den Räumlichkeiten der Fritz-Lamm-Bildungsstätte im Stöcklewald stehen 3 Tage Workshops, politische Bildung, Aktionstrainings, Filme gucken und vieles mehr auf dem Programm.

Der offizielle Anmeldeschluss ist zwar vorbei, zu Redaktionsschluss waren allerdings noch viele Plätze frei. Ihr könnt euch also weiterhin anmelden. Das Anmeldeformular gibt es unter www.solid-bw.de. Kurzentschlossene, die ohne Anmeldung kommen, sollten damit rechnen, dass dann eventuell neben einem Schlafsack auch eine Isomatte benötigt wird. Wer sich noch kurzfristig beteiligen will: wendet Euch an Andi unter andreas @ solid-bw.de oder Tel.: 0173 4075539

Flugi-Aktion gegen Bundeswehr bei Reutlinger Bildungsmesse

Am 15. und 16. Februar fand in der Reutlinger Friedrich-List-Halle die Bildungsmesse binea statt, bei der sich Jugendliche über verschiedene Berufe informieren und jede Menge Bonbons geschenkt bekommen konnten. Relativ viele Leute nutzten diese Angebote und schauten die verschiedenen Infostände an.

Die Bundeswehr, genauer das Zen-

trum für Nachwuchsgewinnung Süd, machte einen Infostand, um Frischfleisch für globale Kriege zu werben.

Auch ein Vortrag "Studium als Soldat auf Zeit" stand am Samstag auf dem Programm, er sollte in einem Bus vor der Halle stattfinden.

Dieses Vorhaben lockte allerdings uns, einige Aktive der Linksjugend [,solid] Tübingen und Reutlingen und weitere AntmilitaristInnen auf den Plan. Wir verteilten Flugblätter vor und in der Halle mit der Forderung "Bundeswehr wegtreten!"

Der Offizier begab sich dann auch pünktlich um 12 Uhr in den Bus. Dort saß er dann erstmal eine Viertelstunde alleine. Zwei Jugendliche wollten rein gehen, entschieden sich dann nach der Lektüre unseres Flugblattes und einer Diskussion doch dagegen. Dann besuchten doch noch zwei andere Jugendliche sowie eine Mutter und zwei Reutlinger KriegsgegnerInnen den Vortrag. Der Offizier stellte die Möglichkeit vor, sich für 13 Jahre bei der Bundeswehr zu verpflichten, dafür darf nach dem erweiterten Grundwehrdienst dann vier Jahre mit Besoldung studiert werden. Wer sich allerdings entscheidet, nach dem Studium doch nicht weiter SoldatIn sein zu wollen, die/er muß zB beim Maschinenbauingenieursstudium 100.000 Euro (!) zurückzahlen. Er meinte auch, dass die Bundeswehr aber viele BewerberInnen hätte und man sich nur "die Besten" aussuchen würde.

Polizei und VeranstalterInnen der Bildungsmesse sowie die zwei Bundeswehrler machten uns keinen Stress. Alles in allem war es für die recht spontane Mobilisierung ganz gut und die Bundeswehr konnte nicht ungestört rekrutieren. Deutschen Militarismus bekämpfen!

DIE LINKE.SDS Baden Württemberg gegründet!

Am Sonntag, den 13. April 2008 gründete sich in Karlsruhe der Landesverband Baden-Würtemberg des Sozialistisch-demokratischen Studierendenverbandes (DIE LINKE.SDS), DIE LINKE.SDS Baden Würtemberg.

Es waren Vertreter der vier Hochschulgruppen in Konstanz, Tübingen, Freiburg und Heidelberg sowie Mitglieder aus Stuttgart und Karlsruhe beteiligt.

Der formalen Gründung ging eine inhaltliche Debatte über die Situation der Studierenden in Baden-Württemberg, insbesondere der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen unter den Bedingungen des Verbots der Verfassten Studierendenschaft voraus.

"Es ist wichtig, sich als linke Studierende in Baden-Württemberg zu organisieren. Der neoliberale Umbau der Hochschulen findet auf Landesebene statt. Wenn wir den Kampf gegen Studiengebühren und für eine Verfasste Studierendenschaft wieder aufnehmen wollen, ist es sinnvoll das landesweit zu tun. DIE LINKE.SDS Baden-Württemberg wird sich dafür einsetzen, dass genau das geschieht.", erklärte Julia Meier, Mitglied des Bundesvorstandes von DIE LINKE.SDS und Aktive bei DIE LINKE.SDS Freiburg.

Rückfragen an : Julia Meier, Freiburg, 0179- 905512

Die Linke.SDS Mannheim gegründet

Am 1. Mai hat sich die Hochschulgruppe Die Linke.SDS auch in Mannheim gegründet. Der Studierendenverband der Linken in Mannheim zählt nun an die zehn Mitglieder und ist bereits die siebte Hochschulgruppe in Baden-Württemberg. Ziel sei neben der Abschaffung der Studiengebühren auch die Demokratisierung der Hochschulen sowie die Beendigung der Privatisierung des Hochschulwesens. Thomas Trüper, Kreissprecher der Partei Die Linke, begrüßte die Gründung: "Endlich haben wir neben einem Jugendverband auch eine aktive Hochschulgruppe in Mannheim. Die Gründung des Studierendenverbandes ist bezeichnend für den anhaltenden Mitgliederzuwachs auch bei den Jüngeren im Kreisverband."



Linksjugend ['solid] aktiv bei den Demonstrationen zum 1. Mai

Am Kampftag für die Interessen der abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Auszubildenden, Studierenden und SchülerInnen beteiligte sich die Linksjugend landesweit in vielen Städten an den Demonstrationszügen und Kundgebungen. Schwerpunkte waren dieses Jahr die "Mayday! Parade für Globale Soziale Rechte" in Tübingen sowie die "Jobparade" der IG Metall Jugend in Ludwigsburg. In vielen weiteren Städten gab es Infostände des Jugendverbandes.

Ludwigsburg:

Am 1. Mai zogen zahlreiche Verbände und Organisationen unter dem Banner der IG Metall-Jugend in Ludwigsburg zur ersten Jobparade unter dem Motto "100mal mehr Zukunft" lärmend und



kämpferisch durch die Straßen. Ungefähr 750 Teilnehmer folgten bei feuchtfröhlichem Klima dem Ruf der Organisatoren zum Kampf um mehr Ausbildungsplätze für junge Menschen im Landkreis. Die Linksjugend ['solid] war mit eigenem Fahrzeug und einer fulminanten Soundanlage mit von der Partie. Trotz der bundesweiten Ausbildungsmisere musste die Parade dem uninformierten Beobachter wie eine abgespeckte Version der Loveparade vorkommen, denn an guter Stimmung und deftigen Beats mangelte es gewiss nicht.



Die Linksjugend ['solid] wird sich auch weiterhin für das Menschenrecht auf Arbeit und Ausbildung einsetzen. Jeder Mensch, dem Teilhabe verwehrt wird, ist einer zu viel! Ausbildung bedeutet Zukunft und Perspektive für Jugendliche. Dass Hunderttausenden dieses Recht verwehrt wird, bedeutet konkret hundertausendfache Prekarisierung im Erwerbsprozess und unzählige gebrochene Erwerbsbiografien mit der Prognose auf ein Leben am Rande der Gesellschaft. Wir treten der Aushöhlung des Jugendarbeitsschutzgesetzes geschlossen entgegen und kämpfen für die gesetzliche Ausbildungsumlagefinanzierung, um dem Umstand zu begegnen, dass lediglich 21 % der ausbildungsfähigen Betriebe junge Menschen ausbilden.

Mayday-Parade in Tübingen

Am Abend des 30. April fand in Tübingen erneut die Tübinger Mayday-Parade für Globale Soziale Rechte statt, die von verschiedensten Gruppen organisiert wird. 700 Personen beteiligten sich – trotz schlechtem Wetter – mit großen und kleinen Wägen, Theater und Performances, Walking-Acts, kurzen Redebeiträgen, Verkleidungen, Transparenten,...



oder auch einfach durch ihre (tanzende) Anwesenheit an der Parade. Ein Halt der Parade fand an der Apotheke am Sternplatz statt, wo die Linksjugend [solid] Tübingen-Reutlingen ein kurzes Theaterstück zur Kritik an Arzneimittel-Patenten der großen Pharmakonzerne und der Forderung nach dem Recht auf Generika zur Sicherstellung der Gesundheit in armen Ländern aufführte. Hierzu hatten sich einige Aktivistinnen als Medikamentanpackungen verkleidet und ein großer Patenthammer wurde geschwungen. Nach der Parade kam es zu Protesten gegen das Maisingen der reaktionären Verbindungen des "Tübinger Waffenrings", am nächsten Morgen beteiligte sich die Linksjugend [,solid] am gewerkschaftlichen 1. Mai.

"Die letzte Schlacht gewinnen wir"

Vom 2. bis 4. Mai fand in Berlin der größte Kongress zur 1968-Revolte statt. An der Humboldt-Universität diskutierten über 1600 Teilnehmende mit über 100 ReferentInnen. Der Kongress unter dem Slogan "40 Jahre 1968 – Die letzte Schlacht gewinnen wir" war der einzige studentisch organisierte Kongress zu 1968.

Auch aus Baden Württemberg beteiligten sich über 100 Schüler und Studenten, Azubis, junge und ältere Leute am Kongress, die meisten von ihnen angereist mit einem der drei Busse, die die LINKE.SDS-Gruppen in Konstanz und in Freiburg organisiert hatten.

Leo Panitch, Professor an der Universität Toronto, stellte auf dem Samstagabendpodium zu "1968 International" fest: "Die Aufbruchsstimmung auf dem Kongress erinnert mich an die Zeit, als ich vor genau 40 Jahren in London Proteste an der Uni organisierte". Ziel der beiden Organisatoren, dem Studierendenverband Linke.SDS und Linksjugend

['solid], war, die Erfahrungen der 68er-Bewegung für den Protest von heute fruchtbar zu machen.

Auf mehreren Podien diskutierten hunderte Studierenden die Relevanz von Marx Hauptwerk "Das Kapital". Katharina Volk: "Eine neue Generation, die gegen den G8-Gipfel protestiert oder wie in Hessen die Autobahnen blockiert hat, um Studiengebühren zu verhindern, sind auf der Suche nach dem notwendigen theoretischen Werkzeug, um die Gesellschaft zu verändern. Ab nächstem Semester starten wir bundesweit eine Kapital-Lesebewegung. Überall wird kritische Theorie abgebaut – wir wollen dagegenhalten und Marx an jede Hochschule bringen".

Desweiteren will der Studierendenverband Linke.SDS in Anlehnung an die bekannte "Hochschuldenkschrift" des SDS, eine Analyse der Hochschule im heutigen Kapitalismus erarbeiten, um damit den Kampf gegen Studiengebühren auch theoretisch zu stärken. Ziel sei, die Rücknahme von Studiengebühren sukzessive in allen Bundesländern zu erkämpfen. Auf einem Transparent hieß es: "Schafft zwei, drei, viele Hessen".

Für DIE LINKE.SDS in Baden-Württemberg war dieser inspirierende Kongress der Auftakt zu einem Semester voller Aktivitäten: In Konstanz wird ein neuer Studiengebühren-Boykott vorbereitet, LINKE.SDSler aus Freiburg und Konstanz sind an der Vorbereitung der "Kapital"-Lesebewegung beteiligt und am Rande des Kongresses wurde die Planung eines hochschulpolitischen Seminars von DIE LINKE.SDS Baden-Württemberg zur Frage der Verfassten Studierendenschaft und dem Umgang mit den aktuellen Strukturen der studentischen Vertretung an den Hochschulen konkretisiert.

Solide Linksjugend Beteiligung bei der Bildungsdemo in Stuttgart

Am 19. April war es soweit. Aus ganz Baden-Württemberg kamen Schüler und Eltern nach Stuttgart um ihrem Ärger über den Bildungspfusch der Landesregierung Luft zu machen. Auch Linksjugend ['solid] und DIE LINKE.SDS beteiligten sich mit Fahnen, Transparenten und Flugis.





Nach der Stuttgarter Demonstration: Was nun, Herr Rau?

Über 5.000 Eltern, Lehrer und Schüler sind am 19. April dem Aufruf der Freiburger Elterninitiative "Schule mit Zukunft" gefolgt. Von drei Schulen aus marschierten Sternmärsche auf den Stuttgarter Schlossplatz, wo Schülervertreter, Eltern und Bildungspolitiker die Mängelwirtschaft und die Untätigkeit des Kultusministers scharf angriffen. Wegen der falschen Einstellungspolitik fehlen an allen Schularten Lehrkräfte, müssen unzählige Überstunden gemacht werden - allein 10.000 an Gymnasien – und findet kein Förderunterricht mehr statt. Die Folgen sind, dass Bildung zu einer Frage des Geldes wird: Welche Eltern können sich "Nachhilfe" leisten, damit ihre Kinder den Stoff nachholen? Wer zahlt die Zusatzangebote und das Essen in den Ganztagsschulen? Welche Chancen haben Kinder aus armen Fa-

Eine Schule für Alle: Niemanden zurücklassen!

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

BERGEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

BERGEN-WÜRTTEMBERG

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

BERGEN-WÜRTTEMBERG

BERGEN-WÜ

Flyer der Landes-AG Bildungspolitik, über das Landesbüro erhältlich. milien und von Migranten? Zu all diesen Problemen schweigt Kultusminister Rau.

Auf der Kundgebung wurden die 400 Rektoren an Grund- und Hauptschulen gelobt, die vor einem Jahr mutig ihren offenen Brief formuliert und die Abschaffung des viergliedrigen Schulsystems gefordert hatten. Bis heute blieb ihnen Rau eine Antwort schuldig, weil er zu einer Diskussion über Bildungsreformen offensichtlich unfähig ist und die Probleme bis zur nächsten Wahl auf dem Rücken der Kinder und Eltern aussitzen will. Nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit konnten drei Vertreter der Elterninitiative Rau am 5. Mai 62.500 Protestunterschriften übergeben - ein Armutszeugnis für sein Demokratiever-

"Dieses Ministergehalt wäre wesentlich sinnvoller angelegt, wenn die Landesregierung einen Landesschulfonds für kostenloses Essen in Schulkantinen, für Fahrten zur Schule und für eine Grundausstattung für Erstklässler einrichten würde", äußerte eine Mutter ihre Wut über Rau. In vielen Städten des Landes werden derzeit Unterschriften für den Aufruf des Tübinger Bündnisses gegen Sozialabbau gesammelt, damit Kinder aus armen Familien beim Schulessen nicht ausgegrenzt werden.

Auch in den Kollegien gerät Rau immer mehr unter Druck: An vielen Schulen werden neue Schulmodelle für ein längeres gemeinsames Lernen diskutiert. "Kein Kind ist überflüssig" – dieses Motto steht im schroffen Gegensatz zur Tatsache, dass das jetzige Schulsystem 10 Prozent eines Jahrgangs ohne Schulabschluss aussortiert, bei Kindern mit Migrationshintergrund sind es sogar 15,5 Prozent. Ziel ist die individuelle Förderung anstelle der sozialen

Auslese im frühesten Alter, Lernende sollen nicht länger Objekte der staatlichen Bildungsplanung, sondern Subjekte ihrer Entwicklung werden. Das ist ein Leitgedanke des neuen Konzepts der Französischen Schule in Tübingen, die dem Gemeinderat einen Antrag für eine neue, schulübergreifende Sekundarstufe I bis zur 10. Klasse mit Ganztagskonzept vorgelegt hat. Die Lernenden sollen nicht in einen starren Bildungsplan gepresst werden, sondern selbständig und individuell ihren Lernstoff mit Hilfe der Lehrkräfte bestimmen. Nach der 9. Klasse können sie in die Sekundarstufe II (Gymnasium) wechseln oder sie haben nach der 10. Klasse den Realschulab-

Die demonstrierenden Eltern, Lehrer und Schüler haben Rau angedroht, solange wiederzukommen, bis er endlich Schulversuche zulässt und eine grundlegende Bildungsreform im Interesse der Lernenden einleitet.

Stephan Lorent

Die Verfassungsfeinde

Von Ulrich Maurer (MdB)

Einen demokratischen Rechtsstaat erkennt man daran, dass die Gewalten geteilt sind. Die Armee darf nur zu Landesverteidigung eingesetzt werden und für die Arbeit von Justiz, Polizei, Armee und Geheimdiensten gilt ein striktes Trennungsgebot. So habe ich es in der Schule gelernt, so steht es in unserer Verfassung. Die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen ist durch unsere Verfassung verboten. Ein Soldat der Bundeswehr darf und muss sogar in einem solchen Fall den Befehl verweigern. So hat ein hoher Offizier der Bundeswehr gehandelt, der zur Zeit des Irakkrieges in einem NATO-Aufklärungsflugzeug eingesetzt war. Und das Bundesverwaltungsgericht hat ihm recht gegeben und festgestellt, die Bundeswehr habe sich an einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beteiligt. Was aber ist dann mit seinen politischen und militärischen Befehlshabern? Sie handelten offensichtlich gegen die Verfassung. Also Verfassungsfeinde?!

Bundesinnenminister Schäuble und Baden-Württembergs Innenminister Rech sind für den Einsatz von Bundeswehr und Geheimdiensten im Inland. Das sind offenkundig verfassungsfeindliche Bestrebungen, die die beiden Herren unternehmen. Sie handeln dabei in Übereinstimmung mit den politischen Beschlüssen ihrer Partei, der CDU/CSU. Also verfolgt auch diese Partei offenkundig verfassungsfeindliche Ziele. Warum aber werden Schäuble und Rech sowie die gesamte CDU/CSU nicht vom

Verfassungsschutz überwacht? Möglicherweise deshalb, weil sie die Dienstvorgesetzten des Verfassungsschutzes sind. Stattdessen überwacht Herr Rech die Partei Die LINKE, weil sie gegen den Kapitalismus ist. Der aber ist im Grundgesetz nicht verankert. Vermutlich weiß das sogar Herr Rech, obwohl man derzeit überraschende Ergebnisse erzielen kann, wenn man beispielsweise Politiker der CSU mit Zitaten aus der bayerischen Landesverfassung konfrontiert, ohne die Quelle zu nennen. Die so Befragten erkennen dann sofort linksradikales Gedankengut und empören sich dann angemessen über ihre eigene Verfassung. Vielleicht geht es Herrn Rech auch gar nicht um die Verfassung, sondern nur darum Menschen zu ängstigen, damit sie bei Wahlen ihre Stimme nicht der LINKEN geben oder gar auf die Idee kommen, bei uns Mitglied zu werden, oder vielleicht will er die arme baden-württembergische SPD ängstigen, die sich derzeit darüber streitet, ob sie nun mit uns zusammenarbeiten soll oder nicht.

Das Landesamt für Verfassungsschutz ist also offensichtlich zu einem Organ der CDU geworden, mit dessen Hilfe diese Partei ihre taktischen und strategischen Ziele verfolgt. So soll es früher in der Sowjetunion zugegangen sein, habe ich in der Schule gelernt.

DIE LINKE verfolgt demokratische Ziele.

Zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes durch Innenminister Rech erklärten Bernd Riexinger und Bernhard Strasdeit für den Landesvorstand der LINKEN in Baden-Württemberg: "Wir sind eine demokratische Partei. DIE LINKE verfolgt keine verfassungsfeindlichen Ziele."

Derzeit haben wir wachsenden Zuspruch in der Bevölkerung und verzeichnen täglich neue Eintritte, meint Bernd Riexinger. Die Parteineubildung verändert das politische Spektrum in der Bundesrepublik. Das ist ein Beitrag zur demokratischen Willensbildung. Herr Rech sollte sich mit unseren politischen Aussagen auseinandersetzen. Stattdessen missbraucht er das Landesamt für Verfassungsschutz, um unsere Mitglieder denunziatorisch in die verfassungsfeindliche Ecke zu stellen.

Bernd Riexinger weiter: "Der Aufschwung kommt unten in der Gesellschaft nicht an. Wir stehen für eine neue soziale Idee, wir bekämpfen Niedriglöhne und Armut in der Gesellschaft und wollen privaten Reichtum begrenzen. Die derzeitige Wirtschaftsreform mit ihren marktradikalen Ausformungen sei nicht Bestandteil des Grundgesetzes. Wer Sozialstaatlichkeit herstellen und

mit demokratischen Mitteln Kapitalismus überwinden wolle, sei kein Gegner des Grundgesetzes, sondern handle im Einklang mit der Verfassung."

"Es stimmt nicht, dass DIE LINKE in bruchloser Kontinuität zur SED stehe", ergänzt Bernhard Strasdeit. Schon die PDS ab 1990 habe aus der Geschichte gelernt und sich eindeutig zu den antidemokratischen und verbrecherischen Flecken in der Geschichte abgegrenzt. DIE LINKE habe sich auf ihrem Gründungsparteitag ebenso positioniert: Sozialismus ohne Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Meinungsfreiheit ist für uns nicht denkbar. Dazu stünden Kommunisten wie Christen in unserer Partei; dazu stünde auch jedes Mitglied in unserem 18-köpfigen Landesvorstand. Mitglieder, die vor 30 Jahren K-Gruppierungen angehörten, gäbe es zuhauf - auch in den Vorständen anderer Parteien, zum Beispiel bei SPD und Grünen.

Der Landesvorstand der LINKEN sowie die Bundestagsabgeordneten der Linken Ulrich Maurer, Karin Binder und Heike Hänsel fordern die Landesregierung auf, die Beobachtung unserer Partei durch den Verfassungsschutz einzustellen. Damit würden Oettinger und Rech nur dem kürzlichen Beispiel der CDU-geführten Landesregierung des Saarlandes folgen und sich auch auf europäischer Ebene nicht weiter lächerlich machen.

MdB Karin Binder unterstützte Gentechnik-Gegner in Oberboihingen

Die Koordinierung der bundesweiten Proteste in Sachen grüner Gentechnik hat sich gelohnt. Während Aktivisten in Gießen ein Feld besetzten, tat dies zeitgleich auch eine Gruppe von etwa 20 Personen in Oberboihingen bei Nürtingen. Öffentlichkeit und Presse war den jungen Gentechnikgegnern damit sicher. Gerade diese Öffentlichkeit war es wohl auch, die die Aktion zum Erfolg werden ließ

Mit Mut und Zivilcourage haben ca. 20 junge Leute so einen wei-Freilandversuch des Konzerns Monsanto auf städtischen und von der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt" (HfWU) gepachteten Flächen in Oberboihingen verhindert. Besonders zu begrüßen ist die breite Öffentlichkeit für das Thema, die durch die Aktion entstanden ist. Nicht zuletzt auch das friedliche Einlenken seitens

des Universitätsrektors hat diesen Erfolg möglich gemacht.

"Mein Respekt gilt den Aktiven und Gentechnikgegnern sowie allen Beteiligten aus der Region und den Verantwortlichen der HfWU. Werden solche Versuche öffentlich, zeigt sich sehr schnell, dass die Menschen Gentechnik in der Landwirtschaft nicht wollen und die treibenden Kräfte dahinter international operierende Konzerne wie Monsato sind. Bund und Land müssen sich dieser Tatsache bewusst werden und daraus endlich Konsequenzen ziehen", so die Bundestagsabgeordnete Karin Binder dazu in einer Pressemitteilung.

Ebenso begrüßte Karin Binder die grundsätzlich kritische Haltung des Rektors der HfWU Prof. Dr. Werner Ziegler gegenüber der Gentechnik. Seine Bedenken, dass ein Verzicht auf Freilandversuche "ein stückweit" die "Freiheit von Forschung und Lehre" einschränken würde, teilt die Abgeordnete aber nicht: "Freilandversuche setzen Bürgerinnen und Umwelt einem unkalkulierbaren Risiko aus. Daher sollte bis auf weiteres auf sie verzichtet werden. Die Tatsache, dass hinter den Versuchen kommerzielle Interessen von Monsanto stehen, deutet daraufhin, dass es sich nicht um unabhängige und damit wirklich "freie" Forschung handelt."

DIE LINKE steht für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und den Verzicht auf Freilandversuche. DIE LINKE hat die jüngste Novellierung der Gentechnikgesetzgebung im Bundestag daher abgelehnt und kritisch auf die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der Gentechnik in der Landwirtschaft verwiesen (Kleine Anfrage 16/7066), die meist verdrängt werden und letztendlich auf VerbraucherInnen abgewälzt werden

"Man kann nur hoffen, dass die Anti-Gentechnik-Bewegung in Deutschland und Europa weiter an Fahrt aufnimmt. Nur so kann es gelingen die Gentechnik in der Landwirtschaft, die Konzernmacht von Monsanto und die bereits entstandene Schäden – Auskreuzungen

und Saatgut-Abhängigkeiten wie z.B. in Spanien, Kanada und Indien – rückgängig zu machen", so Karin Binder.

Karin Binder abschließend: "Die BürgerInnen
wollen keine Gentechnik in ihren Lebensmitteln. Die Industrie ist den
Nachweis eines Nutzens
für die Allgemeinheit und
der Ungefährlichkeit bisher schuldig geblieben.
Fazit kann daher nur sein,
bis auf weiteres auf die
Freisetzung zu verzichten





Karin Binder und Hans-Kurt Hill zu Besuch bei Alstom- Betriebsrat

Mannheimer Linke diskutiert gegen Kohlekraftwerksblock

In Mannheim- Neckarau sind die Vorbereitungen zum Bau eines neuen Kohlekraftblocks in vollem Gange. Die Inbetriebnahme des neuen Blocks soll 2012 erfolgen, der Baubeginn ist für Anfang 2009 vorgesehen. Der geplante Block soll zwei alte Blöcke mit jeweils 220 MW ersetzen, die stillgelegt werden sollen. Der neue Block mit 900 MW hat jedoch wesentlich mehr Leistung als die beiden alten zusammen, von denen ein Block lediglich als Reserveblock diente. Die Hoffnung der Betreiber, die Großkraftwerk Mannheim AG (GKM), durch diesen Block neue Emissionszertifikate vor dem Ende der Subventionierung 2013 zu beziehen, scheint hier ausschlaggebend für den Neubau zu sein.

Die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Zuliefererbereich des Großkraftwerks und der Konflikt zwischen Co2-Ausstoß und Klimakonsequenzen waren Anlass für ein Gespräch zwischen dem Betriebsrat des GKM- Zuliefererbetriebs Alstom AG und den Bundestagsabgeordneten Karin Binder (verbraucherschutzpolitische Sprecherin) und Hans-Kurt Hill (energiepolitischer Sprecher). Eine Delegation des KV Mannheim, darunter ein Vertreter von IKEMA (Umweltinitiative gegen den geplanten Kohleblock) sowie die Mannheimer Stadträtin Gudrun Kuch, nahmen teil.

Hans-Kurt Hill: "Die LINKE ist für Rekommunalisierung der Energieversorgung. Nur so kann die Energieversorgung dezentral, umweltfreundlich und beschäftigungsintensiv gestaltet werden."

Karin Binder: "DIE LINKE unterstützt die Kampagne von Verbraucherorganisationen zum Stromanbieterwechsel. Die Möglichkeit, die hohen Energiekosten zu senken, muss gerade auch für finanziell schwache Stromkunden offen stehen." Nach der Begrüßung durch den europäischen Betriebsratsvorsitzenden Udo Belz von Alstom und einer Werksführung wurde intensiv diskutiert.

Schnell zeigte sich, dass über den Erhalt der Arbeitsplätze hinaus Investition in die Forschung und Entwicklung von erneuerbarer Energien und der damit verbundenen Grundlastsicherung des Energienetzes notwendig sind. Konsens herrschte bei den Punkten Atomausstieg, Mitbestimmungsrechte, Arbeitsplatzkonversion hinsichtlich erneuerbarer Energien sowie bei der Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Die abendliche Veranstaltung "kein neuer Kohleblock beim GKM" war sehr gut besucht. Unter den Gästen fanden sich Vertreter der örtlichen SPD und der GKM AG. Auch Udo Belz, Betriebsratsvorsitzender von Alstom, diskutierte lebhaft mit.

MdB Hans-Kurt Hill erklärte eindrücklich die Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Kohleverstromung und präsentierte Alternativen sowie Überbrückungsmaßnahmen wie z.B. das Kombi-Kraftwerk.

MdB Karin Binder setzte sich für die Vereinbarkeit von Energiegewinnung und den Erhalt bzw. der Schaffung von Arbeitsplätzen ein. Die Notwendigkeit des Ausstiegs aus der Kohleverstromung und den damit verbundenen Weg der Arbeitsplatzumgestaltung (z.B. Alstom: Kleinturbinenbau anstatt Großturbinen) wurde begrüßt, jedoch aus den Reihen von Alstom als zurzeit noch nicht realisierbar empfunden.

Die Veranstaltung hat gezeigt, dass weiterer Diskussionsbedarf vorhanden ist. Die Bevölkerung drängt auf Informationen und mehr Transparenz seitens der Kraftwerksbetreiber. Nach einem heftigen Schlagabtausch der Argumente einigte man sich darauf, die Gespräche fortzusetzen.

Anne Rahlfs

Bürgerentscheid am 13. Juli: Heidelberg gegen Wohnungsprivatisierungen

Das Heidelberger Bürgerbegehren gegen den Verkauf von 610 städtischen Sozialwohnungen (siehe Landesinfo 1/2008, S. 17) hat die erste Hürde erfolgreich genommen. Nachdem 15.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt worden waren, konnte sich der Heidelberger Gemeinderat der Forderung nach einem Bürgerentscheid nicht mehr entziehen. Er beschloss, eine Volksabstimmung zur Frage der umstrittenen Wohnungsprivatisierung am 13.7.2008 durchzuführen. Für die Heidelberger Bürgerinnen und Bürger ist dies die erste direktdemokratische Abstimmung über eine Sach-

frage seit 56 Jahren. Zuletzt hatten sie 1952 die Gelegenheit, über die Bildung des Landes Baden-Württemberg mit zu entscheiden. Nach Freiburg im Jahr 2006 handelt es sich um den zweiten Bürgerentscheid gegen Wohnungsprivatisierungen in einer baden-württembergischen Großstadt.

Vorausgegangen waren Anfang April noch Versuche der Privatisierungsbefürworter, das erfolgreiche Bürgerbegehren mit fadenscheinigen juristischen Argumenten als "unzulässig" erklären zu lassen. Über 3½ Stunden debattierten die Heidelberger Gemeinderäte in Ausschüssen und Plenum, bis sie endlich einsahen, dass an einem Bürgerentscheid kein Weg mehr vorbei führte. Der Sprecher des Bürgerbegehrens, Edgar Wunder, der gleichzeitig auch Bundesdelegierter der LINKEN ist, kommentierte den Vorgang in einer Pressemitteilung:

"Das in Baden-Württemberg geltende Gesetz zu Bürgerbegehren (§ 21 der Gemeindeordnung) hat eindeutige Mängel. Der Gesetzestext ist so vieldeutig und legt den Bürgern ganz unnötige juristische "Fußangeln" aus, dass er geradezu dazu einlädt, politisch zu entscheidende Fragen auf die juristische Ebene abzuwälzen und einen Streit um die richtige Auslegung des Gesetzes zu beginnen.



Das Heidelberger Bürgerbegehren gegen Wohnungsprivatisierungen übergibt 15.000 Unterschriften an den Heidelberger Oberbürgermeister Eckart Würzner.

Die Landesregierung sollte dieses Gesetz endlich in einer bürgerfreundlichen Weise überarbeiten. Wesentlich bessere gesetzliche Regelungen zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden hat zum Beispiel unser Nachbarland Bayern, die für Baden-Württemberg ein Vorbild sein könnten."

Die Hürden sind auch beim Bürgerentscheid am 13.7.2008 hoch: Mindestens 25 % der Abstimmungsberechtigten müssen mit JA stimmen, andernfalls wird der Bürgerentscheid als "ungültig" erklärt. Würden die gleichen Anforderungen auch für Kommunalwahlen gelten, hätte z.B. die letzte Heidelberger Oberbürgermeisterwahl auch als "ungültig" erklärt werden müssen – denn

Oberbürgermeister Würzner erhielt aufgrund der geringen Wahlbeteiligung nur die Stimmen von 23 % aller Wahlberechtigten.

Um die Privatisierungswelle am 13.7.2008 beim Bürgerentscheid in Heidelberg zu stoppen, bedarf es also großer Anstrengungen, auf die sich der Kreisverband Heidelberg/Rhein-Neckar der LINKEN – zusammen mit anderen Bündnispartnern – derzeit intensiv vorbereitet.

Heilbronn: Kreistag beschließt Privatisierung des Rests vom Neckar

HEILBRONN/ILSFELD. Die enormen Preissteigerungen im Energiebereich sind auch Ergebnis von Privatisierungen und Profitwirtschaft im Energiebereich. Statt hier dagegen zu halten, hat der Kreistag ohne Diskussion und ohne Gegenstimmen am 28.4.08 auf seiner Sitzung in Ilsfeld beschlossen, die restlichen Aktien der Neckar AG zu verkaufen. Auch wenn es nur um Aktien im Nennwert von 7 100 Euro geht, so war diese Beteiligung die letzte Beteiligung des Landkreises an einem Energieversorgungsunternehmen, sieht man von den eher symbolischen 50 EnBW Aktien mal ab, die der Landkreis erst im März 2007 wieder erworben hat. Damit hat sich der Landkreis endgültig vom Daseinsbereich Energie und Wasserschifffahrt verabschiedet. Laut Landrat Piepenburg habe diese Beteiligung keine strategische Bedeutung, alle anderen Landkreise würden in Bälde auch verkaufen. Zu diesem Ausverkauf gibt es Alternativen: "Wir wollen die Verschleuderung öffentlichen Eigentums beenden. Deswegen kämpfen wir gegen Privatisierungen und für starke öffentliche Unternehmen... Nur mit starken öffentlichen Unternehmen haben demokratische Institutionen in vielen Bereichen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten, z.B. auf eine klima- und ressourcenfreundliche Verkehrspolitik, auf eine gleichwertige Versorgung in Stadt und Land".- so heißt es im Leitantrag zum anstehenden Cottbuser Parteitag der LINKEN.

Die Neckar-AG (NAG), heute bereits eine 82-prozentige Tochtergesellschaft der EnBW Kraftwerke AG, wurde 1921 gegründet, um den Neckar von Mannheim bis Plochingen zur Großschifffahrtsstraße auszubauen. Zur Finanzierung des Ausbaus sollten Wasserkraftwerke an der 200 km langen Strecke errichtet werden. Inzwischen betreiben die NAG und die EnBW Kraftwerke AG an den 27 Staustufen insgesamt 26 Laufwasserkraftwerke. An der Einstimmigkeit der Heilbronner Kreisräte von CDU, SPD, FWV/FDP, ÖDP, REP und GRÜNE für den weiteren Privatisierungskurs wird sich wohl erst nach den Kommunalwahlen 2009 was ändern.

Johannes Müllerschön, Offenau

Stuttgart: Kinderarmut in der reichsten Stadt **Deutschlands**

Ist Ihnen klar, dass Kinder in Stuttgart ... nicht mit ihrer Kita-Gruppe bei Kälte oder Regen rausgehen können, weil sie keine festen Schuhe haben?

... nicht am Schulessen teilnehmen, weil sie es nicht bezahlen können?

... nicht an der Nachmittagsbetreuung teilnehmen, weil das Geld kostet?

... sich mit Krankheit entschuldigen, wenn die Klasse ins Theater oder zum Schulausflug geht?

Ist Ihnen klar, dass gerade die Kinder, die am meisten Hilfe brauchen, aus Armut nicht an Bildung, Sport und Kultur teilnehmen können?

In Stuttgart leben rund 12 000 Kinder in Armut. Sie müssen vom Regelsatz des Arbeitslosengeldes II oder Sozialgeld leben. Im Monat stehen diesen Kindern bis zum 13. Lebensjahr 207 Euro zur Verfügung, den Jugendlichen ab dem 14. Lebensjahr 276 Euro. Das bedeutet Mangel bei allem, was zum gesunden Aufwachsen nötig ist.

Die LINKE hat im Stadtrat von Anfang an für Maßnahmen gegen die Armut

Erfolgreich (1)

Der als Kriegs- und Gewaltverherrlicher bekannte kroatische ultranationalistische Sänger Petrović wollte an Fronleichnam im Stadion Festwiese in Stuttgart auftreten. Die katholische kroatische Gemeinde hatte schon über tausend Karten verkauft. Der Sänger, Künstlername "Thompson" nach einem Maschinengewehr, hat auch schon KZs und Morde an Juden, Sinti und Roma gutgeheißen. Die Stadträtin der LINKEN hat Ordnungsamt und Katholische Kirche informiert und ein Verbot gefordert. Erfreulicherweise hat die Diözese Rottenburg-Stuttgart sofort reagiert und der kroatischen Gemeinde die Veranstaltung untersagt. Das Ordnungsamt hat Prüfung zugesagt. Auch aus der deutschen rechten und Neonaziszene ist Musik als Lock- und Anheizmittel bekannt; da hat das Ordnungsamt bisher auf Hinweis leider immer mit "nichts bekannt" und "nicht in Stuttgart" reagiert. Nachdem aus der Leitung der kroatischen Gemeinde verlautet, das Konzert werde nun privat organisiert, fordert die LINKE das Ordnungsamt auf, das zu unterbinden.

Linke will zwei Gemeinderatsmandate

09.05.2008

Partei tritt bei der Kommunalwahl 2009 mit offener Liste an

"Sie nimmt

der CDU ist

sehr positiv."

J. Müllerschön

uns wahr.

Von Joachim Friedl

HEILBRONN Die etablierten Parteien im Heilbronner Gemeinderat bekommen bei der Kommunalwahl am 7. Juni 2009 Konkurrenz: Die Linke. die in Heilbronn im Sommer des vergangenen Jahres durch den Zusammenschluss von WASG und Linkspartei/PDS entstand, tritt an. Darauf legten sich die Mitglieder am Dienstagabend bei ihrer Versammlung im ASV-Sportheim fest.

Auf Stimmenfang werden sie mit einer sogenannten offenen Liste gehen. "Wir freuen uns über jeden, der sich meldet und sozial eingestellt

ist", wirbt Kreisvorsitzender Hasso Ehinger. Der Rentner (Jahrgang 1940) aus Heilbronn-Frankenbach geht davon aus, dass eine 40er-Liste

zusammenkommt. Fast schon überzeugt ist der Diplomingenieur, bei der Wahl im kommenden Jahr zwei Gemeinderatssitze zu Das Gebell erringen. Diese große Zuversicht schöpft er aus zwei früheren Wahlen: Bei der Bundestagswahl 2005 gewann die Linke im Wahl-

kreis Heilbronn mit Ehinger an der Spitze 3,8 Prozent (6904 Stimmen), bei der Landtagswahl ein Jahr später holte die WASG in Heilbronn 3,3 Prozent (1323 Stimmen). Dieses Wählerpotenzial sieht Ehinger zwischenzeitlich "deutlich bei sechs bis

sieben Prozent".

Beschlossen werden soll die Liste "frühestens zum Jahresende", wie Jürgen Patzelt betonte. Der Leiter des Arbeitskreises Kommunalpolitik will bis dahin eine Parteizeitung auf die Beine stellen und in den Stadtteilen Ansprech-

partner der Partei integrieren.

Auf jüngste Äußerungen der CDU, nach der Kommunalwahl drohe der Stadt ein SPD/Linke-Bündnis, merkte Johannes Müllerschön an: "Es ist erfreulich, dass die CDU merkt, dass wir im schwarzen Heilbronn angekommen sind", sagte der gleichberechtigte Kreisvorsitzende.

Der Kreisverband der Linken zählt derzeit 85 Mitglieder, davon ein knappes Drittel Frauen. Das Spektrum der Mitglieder reicht vom Diplomingenieur bis zum Hartz IV-Empfänger. Stark steigend ist derzeit die Zahl der Migranten.

Sicher wird die Partei bei der Bundestagswahl 2009 antreten. Noch offen ist dagegen ein Engagement bei der Kreistagswahl 2009.

gekämpft. Sie hat schon 2003 (als PDS) in den Haushaltsberatungen gefordert, aus der Grundsteuer eine städtische Stiftung gegen die Armut einzurichten. Seither wurden alle Anträge der LINKEN. zur Verbesserung der Lage von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Sie haben die Armut die ganze Zeit abgestritten. Noch am 21. Dezember 2007 beim Abschluss der Haushaltsberatungen haben sie im Stadtrat behauptet, in Stuttgart gäbe es keine Armut, das gäbe es vielleicht in Indien... Inzwischen ist die Presse voll mit den Berichten über die Kinderarmut auch in Stuttgart. Die LINKE hat nicht umsonst gekämpft, und die Tatsachen lassen sich nicht länger abstreiten. Wir haben das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und sind froh, dass andere Parteien es nun aufgreifen. Wir führen den Kampf weiter.

Erfolgreich (2)

Am 27. März stellte Ulrike Küstler, Stadträtin der LINKEN in Stuttgart, den Antrag: "Ehrenamtlich Tätige, die in den Stadtteilbüchereien oder in Schulen und Kitas als Vorleser/-innen tätig sind, erhalten zum Ausleihen von Kinderbüchern einen sogenannten Institutionenausweis. Die Stadtbüchereien müssen kontrollieren (und tun das auch), dass mit diesen Ausweisen ausschließlich Kinderbücher ausgeliehen werden. Um Bücher und andere Medien für den Eigenbedarf auszuleihen, müssen die Vorleser/-innen zusätzlich einen Bibliotheksausweis erwerben. Ich halte es für Recht und billig, dass hier großzügiger verfahren wird.

Jetzt teilte die Verwaltung mit, dass die ehrenamtlich tätigen Vorleser/-innen einen kostenlosen Bibliotheksausweis für alle Medien erhalten.

In Deutschland müssen trotz sinkender Arbeitslosigkeit immer mehr Kinder von Sozialhilfe leben. Mittlerweile gelten 14 Prozent aller Jungen und Mädchen als arm. Seit der Einführung der Hartz-IV-Gesetze hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Kinder auf gut 2,5 Mio. verdoppelt. Etwa 5,9 Mio. Kinder leben in Haushalten mit einem Jahreseinkommen von bis zu 15.300 Euro. Das ist rund ein Drittel aller kindergeldberechtigten Kinder. Kinder, deren Eltern Hartz-IV-Regelsätze beziehen, bekommen kein Kindergeld!

Stuttgart liegt dabei voll im Trend. Aber Armut in einer reichen Stadt ist besonders hart. Hier ist alles Lebensnotwendige teurer als anderswo, und der Regelsatz reicht noch weniger für ein gutes Leben und Beteiligung am gesellschaftlichen Leben. Die Stadt muss mit dem Städtetag bei der Bundesregierung

auf Erhöhung dringen. DIE LINKE. fordert für Erwachsene 410 Euro, für Kinder davon 80 % statt bisher 60 % und auch mehr für Jugendliche. Die Stadt muss aber vor allem in ihrem eigenen Bereich: in den Kitas, den Schulen, der Gesundheitsversorgung, beim Zugang zu Kultur und Sport, die Strukturen und Preise so gestalten, dass alle Kinder unterstützt werden. Dazu hat DIE LINKE erneut zahlreiche Vorschläge gemacht.

Als Sofortprogramm des Stadtrats fordern wir kostenloses Essen in allen Kitas und Schulen und kostenlose Kita-Plätze. Für arme Kinder fordern wir 120 Euro im Jahr für Schulsachen, das Scool-Abo für 13 Euro. Mehr Sozialwohnungen, bessere Bildungschancen durch Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und als Sofortmaßnahme Verbesserung der Hauptschulen sind ebenfalls wichtige Punkte zur Verbesserung der Lage von Kindern in armen Stuttgarter Familien.

Ulrike Küstler, in der Zeitung der Linken.Stuttgart

Alle Anträge und Anfragen der LINKEN im Stadtrat finden Sie unter http://www.stuttgart.de/dielinke

Bündnis gegen Armut in Stuttgart

Hier haben im Gegensatz zu vielen anderen politischen Gruppen kompetente Frauen das Sagen. In Stuttgart leben 40.000 Menschen von Hartz IV. Darunter sind 11.565 Kinder, d.h. 14 % aller Kinder unter 15 Jahren leben in Armut.

Am 22.1.08 lud die Frauengruppe F:epa (Frauen, erwerbslos oder in prekärer Arbeit) und der Erwerbslosenausschuss von Verdi zum ersten Treffen unter dem Thema ,,reiches Land – arme Kinder" ein. Und es kamen Viele. Über 40 Menschen, von Hartz IV Betroffenen, politisch Engagierte und Andere, die besonders die um sich greifende Kinderarmut nicht hinnehmen wollen. Die Familien, die von Hartz IV leben müssen, können die hohen Kosten, die bei der Einschulung und auch während des Schuliahres für die Kinder entstehen, vom Regelsatz nicht bestreiten. Für Schulranzen, Mäppchen, Turnbeutel, Turnschuhen, Wachsmalstifte, Zeichenblock, Hefte, usw. kommen schnell 100-180 Euro zusammen

Deshalb fordert das Bündnis gegen Armut vom reichen Stuttgart 100 Euro pro Kind und Schuljahr, damit sich arme Kinder wenigstens die Schulausstattung leisten können.

Unsere Forderung möchten wir einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen. Wir wollen auch möglichst viele Betroffene gewinnen, sich für unsere Forderung zu engagieren. Am 8. März organisierten wir erstmals einen Infostand und stießen dabei auf großes Interesse und Sympathie. Wir machen Infostände am Ostendplatz, im Westen und im Hallschlag. Wir beteiligen uns an der 1. Mai-Demonstration und sind dort mit einem Infostand vertreten.

Am 30. Mai d.J. veranstaltet die Stadt Stuttgart eine Armutskonferenz, die erst aufgrund des Drucks der Linken einberufen wurde. Wir werden daran teilnehmen und unsere Forderungen einbringen, am liebsten als gesamte Gruppe. Wir stellen unser Anliegen in einem Beitrag im freien Radio vor und machen eine Veranstaltung am 5. Juni im DGB-Haus, zu der wir euch alle einladen. Referent ist Rainer Roth. Er forscht über Armut und die Auswirkungen der Hartz IV Gesetze. Wir konnten Frieder Claus, Diakonie-Verantwortlicher für Armut und Obdachlosigkeit, gewinnen, einen Beitrag zu Armut in Stuttgart zu halten. Wir werden die Gemeinderäte aller Fraktionen einladen, damit sie zum Thema "reiche Stadt – arme Kinder"

18.–26. Juli: Gabriele Zimmer wird Schirmfrau des Stuttgarter Christopher Street Day

Das Amt der Schirmfrau oder des Schirmherrn zum CSD Stuttgart wird jährlich an eine andere politische Partei vergeben. Die Vergabe erfolgt dabei nach einem festen Rotationsprinzip in der Reihenfolge CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Im vergangenen Jahr war mit Cem Özdemir die grüne Fraktion am Zug.

2008 wird die politische Farbenlehre des CSD Stuttgart um einen dunkelroten Ton erweitert. Mit der Nominierung von Gabriele Zimmer, Mitglied des Europäischen Parlaments, übernimmt erstmals eine Politikerin aus den Reihen von DIE LINKE das ehrenvolle Amt.

Die Europaabgeordnete selbst sieht jedenfalls genügend Handlungsbedarf, um in Europa sowie in Deutschland, eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft zu fördern und zu verteidigen, in der jeder und jede ein selbst bestimmtes Leben in Würde führen kann. "Solange zum Beispiel Trauungen zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren noch verweigert werden oder in Hinterzimmern stattfinden, sind wir noch weit davon entfernt, andere Lebensweisen als selbstverständlich zu akzeptieren. Ich bin schon jetzt auf die Veranstaltungen, die vielfältigen Begegnungen und die offenen, aber sehr intensiven Debatten beim CSD 2008 in Stuttgart gespannt", erklärte Gabi Zimmer bei einem ersten Treffen mit den Organisatoren.

Stellung beziehen. Unterstützen Sie uns dabei, unsere Forderungen bekannt zu machen und durchzusetzen. Diese Stadt gehört allen! Bildung ist Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. 100 Euro pro Kind und Schuljahr für alle von Hartz IV betroffenen Familien!

Barbara Rochlitzer in der Zeitung der Linken.Stuttgart

Klinikfinanzierung: Der Deckel muss weg

Heike Hänsel (Bundestagsabgeordnete) und Gerlinde Strasdeit (Stadträtin der Tübinger Linken) kritisierten im "Schwäbischen Tagblatt" die Doppelzüngigkeit der CDU-Bundestagsabgeordneten Widmann-Mauz in Sachen Klinikfinanzierung:

Frau Widmann-Mauz (CDU) nahm im Tagblatt vom 4. April zur Krankenhausfinanzierung Stellung. Wir haben nachrecherchiert: sie vertritt in Tübingen leider anderes als sie in Berlin tut.

Im "Schwäbischen Tagblatt" schreibt Frau Widmann-Mauz kritisch, Patienten und Klinikmitarbeiter würden die Zeche für gedeckelte Klinikbudgets zahlen. Recht hat sie! Im Deutschen Bundestag stimmt sie aber gegen unseren Antrag, den Deckel für die gerechtfertigten Tarifsteigerungen der Klinikmitarbeiter anzuheben.

Im "Schwäbischen Tagblatt" analysiert Frau Widmann-Mauz: Wenn die Lohnkosten und die Betriebskosten in den Kliniken steigen, während die Einnahmen hinter dieser Entwicklung zurückbleiben, bekommen die Krankenhäuser ein Problem und Einschnitte sind eine Folge. Sehr richtig. Im Bundestag aber plädiert sie für knallhartes Sparen bei den Krankenhäusern. Sie hat für den "Sanierungsbeitrag" gestimmt, den die Kliniken zugunsten der Krankenkassen abführen müssen. Sie hat auch für die Mehrwertsteuererhöhung gestimmt, die die Kliniken zusätzlich belastet.

Im "Schwäbischen Tagblatt" spricht sich Frau Widmann-Mauz für die Beibehaltung der Verantwortlichkeit der Länder bei der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen aus. Wir freuen uns, dass Frau Widmann-Mauz jetzt die Position einnimmt, die vor einem guten Jahr nur der rot-rote Berliner Senat und Bayern vertreten haben. Mittlerweile ist diese Position mehrheitlich unter den Bundesländern. Das Problem: die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen wollen die alleinige Finanzierung der Krankenhäuser durch Krankenkassen.

Im "Schwäbischen Tagblatt" spricht sich Frau Widmann-Mauz für verlässliche Rahmenbedingungen als Grundpfeiler einer zukunftsfähigen medizinischen Versorgung aus. Das klingt gut. Aber den Antrag der LINKEN im Bundestag, die Finanznot der Krankenhäuser zu überwinden, lehnt sie ab.

Wir wünschen uns: Frau Widmann-Mauz würde in Berlin genauso stimmen wie sie im Wahlkreis redet.

Tübingen: Einbürgerung beginnt im Kindergarten

Anlässlich der Einbürgerungsfeier mit Ministerpräsident Oettinger am 6. Mai im Landratsamt Tübingen erklären die Kreisräte Bernhard Strasdeit und Anton Brenner sowie Emanuel Peter Kreisvorstand der LINKEN.

Einbürgerung – und damit die volle demokratische Teilhabe am öffentlichen Leben – ist ein wichtiger Schritt für eingewanderte Menschen. Das sind meist Mitbürger, die schon seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt im Landkreis haben. Aber noch immer haben viele einbürgerungswilligen Familien gar keine Chance zur Integration, weil sie von



Kreisrat Bernhard Strasdeit

Abschiebung bedroht sind, keinen festen Bleibestatus haben, erwerbslos sind oder in unwürdige Billigjobs gedrängt werden.

Integration beginnt nicht mit dem Abspielen der Nationalhymne. Integration beginnt mit gleichen Bildungschancen und mit gleichen sozialen Rechten. Integration beginnt im Kindergarten, in der Schule, am Arbeitsplatz.

Im "Kinderland" Baden-Württemberg ist die soziale Auslese an Schulen besonders scharf. Für höchstens zwei Prozent hochbegabte Schüler werden Eliteklassen eingerichtet. Aber 20 % aller Hauptschüler können nicht genügend lesen und rechnen. An den Schulen fehlen massenhaft Lehrer; die Klassen sind zu groß; Schulstunden fallen aus; Förderunterricht wurde gekürzt und Schulsozialarbeit gestrichen. Dreimal so viele Jugendliche mit Migrationshintergrund (15,9 %) wie deutsche Schüler (5,5 %) verlassen die Schule ohne Schulabschluss. 36 % erhalten keinen beruflichen Abschluss. Sprachprogramme für ausländische Kinder sind Fehlanzeige.

DIE LINKE fordert Abbau der sozialen Selektion und mehr Integration durch längeres gemeinsames Lernen vom Kindergarten bis zur 10. Klasse. DIE LINKE fordert kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung und integrative Sprachprogramme. DIE LINKE fordert Gebührenfreiheit an Kindergärten und ein kostenloses warmes Mittagessen an allen Schulen. Auch Kinder aus Flüchtlings- und Hartz IV-Familien müssen sich ein warmes Mittagessen und die Teilnahme an Schulfahrten leisten können. Um wachsende Kinderarmut einzudämmen, fordern wir die Landesregierung auf, Landesschulfonds einzurichten.

Wir empfehlen allen honorigen Gästen beim Jahresempfang 2008 im Landratsamt: Fallt nicht zurück in Filbingers und Mayer-Vorfelders Zeiten, wo selbst die erste Strophe des Deutschlandsliedes ("Deutschland, Deutschland über alles ... von der Maas bis an die Memel...") zum wichtigen Lehrinhalt erhoben wurde.

Rottenburg: Elternprotest gegen Kindergartenschlie-Bungen

Gut 200 vorwiegend junge Eltern und Erzieherinnen folgten Ende April der Einladung der "Elterninitiative zum Erhalt der Kindergärten in den Teilorten", weil sie befürchten, dass die Stadtverwaltung die "Konzeption Bildung und Betreuung" für eine "Fusionierung wie in der Industrie" (Ortsvorsteher Bodenmiller) nutzt: Damit "wirtschaftliche Einrichtungen" entstehen, sollen 18 Kindergartenbezirke in sechs Planbezirke zusammengefasst werden, eingruppige Kindergärten in kleinen Teilorten sollen zu größeren Einheiten auf Kosten der Dorfentwicklung zusammengelegt werden. Überall im "Kinderland" werden aktuell Bedarfspläne für Kindergärten aufgestellt.

Die Landesregierung will bei Kindergärten durch Umschichtung Gelder einsparen. Durch den angeblichen Rückgang der Kinderzahlen um 40.000 Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren bis zum Jahr 2015 würden "freie Kapazitäten" geschaffen, "die für die Angebotsausdehnung genutzt werden können" (Statistisches Landesamt, Monatsheft 2008). Damit soll der Rechtsanspruch bei der Betreuung von unter Dreijährigen ab 2013 finanziert werden. Jens Ridderbusch bezeichnet dieses Vorgehen als "großes Potenzial für den Umbau der Kinderbetreuung im ländlichen Raum". Er beschönigt damit, dass die Landesregierung den Ausbau von Kindergärten jahrelang verschleppt und seit 2002 die Zuschüsse für diese Einrichtungen an die Gemeinden "eingefroren" hat. Und das, obwohl 2007 das Land drei Milliarden Euro Steuern (plus 12,2%) mehr und die Kommunen acht Prozent mehr eingenommen haben.

Anstatt endlich eine kinder- und familienfreundliche Politik wie in Frankreich zu entwickeln und damit die Zahl der Geburten zu fördern, setzen die Bedarfspläne der Landesregierung die Mängelplanung fort. Diese beruhen aber auf falschen Voraussetzungen: 1. Die Bevölkerungsentwicklung und mit ihr die Kinderzahlen im "Ländle" hängen zu 70 Prozent von Wanderungsbewegungen und nur zu 30 Prozent von den Geburtenzahlen ab. 2. Durch die Einführung des neuen Elterngeldes gibt es eine "Trendwende" (von der Leyen) bei den Geburtenzahlen: Erstmals seit 1989 wurden 2007 statt 133 Kinder 147 Kinder pro 100 Frauen geboren.

3. Der Landesplan und die lokalen Kindergartenbedarfspläne lassen völlig außer Acht, dass für die gleichmäßige Entwicklung des flachen Landes gegenüber den städtischen "Verdichtungsräumen" soziale Einrichtungen wie Kitas und Grundschulen das A und O sind. Junge Familien ziehen dorthin, wo sie eine gute soziale Infrastruktur und eine natürliche Umwelt für sich und ihre Kinder vorfinden.

95% der Anwesenden, so musste Moderator Reiber in Rottenburg-Baisingen feststellen, sprachen sich deshalb gegen die neue Konzeption aus. Martin Bauch von der Stuttgarter "Kommunalen Entwicklung" stellte abschließend fest, eine so harte Diskussion habe er seit Jahren nicht mehr erlebt. Unter dem Druck der Eltern hat die Rathausspitze die Entscheidung jetzt auf Juli vertagt. Sollte die CDU nicht endlich ihre kinderund bildungsfeindliche Politik aufgeben, wird sie bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr die Quittung erhalten!

Emanuel Peter

Kostenlose Kindergärten? Eine Frage des politischen Willens...

Niko Fostiropoulos (Stadtrat in Karlsruhe)

Schwungvolle Reden hat vor Jahren schon Ex-Stadtrat Rüssel (CDU) zum Thema kostenlose Kindergärten in Karlsruhe gehalten. Wenn es dann ums Geld ging, wurde es bei der CDU schnell wieder ruhig. Heilbronn hat bundesweit als erste Stadt den Schritt gewagt. Seit Januar 2008 zahlen die Eltern dort keine Kita-Gebühren mehr.

In Karlsruhe würde dies 10,7 Mio. € im Jahr kosten, wie eine Anfrage der

LINKEN kürzlich ergeben hat. Aber die Stadtverwaltung habe andere Schwerpunkte, nämlich Ausbau der Kitas für Kinder unter 3 Jahren und Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten. Für mehr sei kein Geld da. Die Stadt Heilbronn macht es anders. Fast gleichzeitig mit der Finanzierung der Kita-Gebühren für die Jahre 2008 und 2009 wurde eine "Qualitätsoffensive" beschlossen – mit 90 neuen Stellen für Erzieher/innen.

Hat die Stadt Karlsruhe weniger Geld? Kaum. Aber Stadt und Gemeinderatsfraktionen haben in den letzten Jahren andere Schwerpunkte gesetzt. Man hat sich einiges gegönnt. 100 Mio. für den Bau der Messe und dazu jährliche



Verluste von derzeit 15 Mio. Baden Airpark, Zoo-Umbau, U-Strab, Umbau KSC-Stadion... Allein die letzten beiden Projekte werden für die Stadt mindestens

100 Mio. schwer werden. Ein Umgang mit Steuergeldern, als wären wir im Wirtschaftswunderland.

Wenn es dann um Soziales, Bildung, Kinder geht, fängt in Karlsruhe das alte Spiel an. Dafür fehlen dann plötzlich die "Ressourcen". Dieses Spiel ist nicht neu und der Karlsruher Gemeinderat hat es in den letzten Jahren mehrheitlich immer mitgespielt. Höchste Zeit, den Trend umzukehren. Es ist mehr als erwiesen: Die Kindertagesstätten sind die Drehscheibe für notwendigste Zukunftsinvestitionen. Damit die Eltern erwerbstätig sein können, wie es notwendig ist und wie sie es wollen. Damit für Frauen Kinder keinen Abbruch des Berufslebens oder einen Karriereknick zur Folge haben. Damit die Kinder, und zwar alle, so gefördert werden, dass sie in der Grundschule und später erfolgreich sein können. Viele Nachbarländer haben das schon lange erkannt und sind in dieser Hinsicht weit

Natürlich kann es auf Dauer nicht so bleiben, dass nur relativ wohlhabende Städte die Kita-Gebühren abschaffen können. Mannheim und Wendlingen wollen oder können nur das letzte Jahr in Regelkindergärten gebührenfrei machen. Der Städtetag rät davon ab, er zielt auf eine Regelung, die über Bund und Länderbeteiligung alle Kommunen in die Lage kostenloser Kita-Angebote versetzt. Das Vorpreschen Heilbronns hat aber eine Diskussion ausgelöst, die so nicht in Gang gekommen wäre. Das ist das Gute daran.

Karlsruhe/Durlach: Mehr als 600 zeigen Gesicht gegen Neonazis

Für mehr als eine Stunde war am Freitag, 25. April, die Bundesstraße 3 vor dem geplanten NPD-Propagandazentrum in Durlach dicht. In nur vier Tagen Vorbereitungszeit waren dem Aufruf des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Karlsruhe (AAKA) mehr als 600 Bürgerinnen und Bürger aus Durlach und der näheren Umgebung gefolgt, darunter die Ortsvorsteherin, Ortschaftsräte, Bundes- und Landtagsabgeordnete, viele aktive AntifaschistInnen und erfreulich viele SchülerInnen und Jugendliche.

Unter großen Beifall stellte Silvia Schulze, Sprecherin des AAKA und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in Karlsruhe zur Eröffnung fest: "In Durlach wird es niemals ein NPD-Zentrum geben!". Mit der heutigen Aktion seien geplante Nazi-Versammlungen im Haus Badener Str. 34 bereits zum



dritten Mal in Folge verhindert worden. "Auf jeden weiteren Versuch von Nazi-Propagandaversammlungen werden wir in der gleichen Weise vor Ort reagieren, solange bis das Zentrum verschwunden ist."

Die RednerInnen – Winnie Kratzmeier- Fürst, Grüne Ortschaftsrätin, Jürgen Ziegler, stellv. DGB-Regionsvorsitzender und Verdi-Bezirksgeschäftsführer, Karin Binder, MdB Die Linke., Johannes Jung, MdB SPD, und ein Vertreter des Ettlinger Bündnisses gegen Rassismus und Neonazis – bezogen sich auf verschiedene Aspekte wie demokratische Traditionen von Durlach, Sozialabbau und Bildungsdefizite als Nährboden für Neonazis.

Sie waren sich einig darin, dass der braune Spuk in gemeinsamem, kraftund phantasievollem Widerstand beendet werden wird.

Eine Delegation der Protestversammlung konnte sich auf Einladung der Versammlungsbehörde und der Polizei davon überzeugen, dass das Haus aufgrund der städtischen Auflage für jegliche Nutzung außer Sanierungsarbeiten geschlossen ist. Laut BNN hatte die Polizei am Rande der Demo 15



Regionalversammlung der LINKEN Nordbaden zur Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag am 5. April in Karlsruhe.

Personen des rechtsextremen Spektrums Platzverweise erteilt. Einer davon hatte Videoaufnahmen der Demo-TeilnehmerInnen gemacht. Silvia Schulze stellte dazu als Versammlungsleiterin unter starken Beifall der Anwesenden fest, dass von der Polizei erwartet wird, dass das Videomaterial beschlagnahmt und vernichtet wird. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! (Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe) www.antifa-buendnis-ka.de

Konstanz: Rein in Stadträte und Kreistag!

Die Kommunalpolitik ist Schwerpunkt für DIE LINKE.Liste Konstanz im kommenden Jahr. In die Kommunalwahl im Sommer 2009 geht die Partei mit einem ehrgeizigen Ziel und will mit Listen für die Gemeinderatswahlen in Singen und Konstanz sowie für den Kreistag punkten.

"Wir erhoffen uns ansehnliche Zugewinne in allen Gremien", sagte Jürgen Geiger, einer der örtlichen Partei-Sprecher, jüngst auf einer Partei-Mitgliederversammlung in Singen. "Obwohl die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen in den letzten Jahren durch Bundesund Landeseingriffe erheblich geschmälert wurden, bleibt die Kommunalpolitik das A und O der Parteienarbeit".

Die Wahlgewinne der Partei Die Linke in den jüngsten Landtagswahlen rechtfertigen solchen Optimismus auch im schwarzen Baden-Württemberg, so die hiesigen Partei-Verantwortlichen. Bislang ist die Linke mit nur einem Sitz im Gemeinderat Konstanz vertreten. Diese Präsenz auf Fraktionsstärke (drei Stadträte) zu erhöhen, sowie Vertretungen im Gemeinderat Singen und im Kreistag Konstanz zu erringen, wird Ziel des Kommunal-Wahlkampfs 2009

sein, wie zahlreiche der mit nahezu 40 Teilnehmern gut gesuchten Veranstaltung betonten.

Aufbruchstimmung herrscht in der LINKEN.Liste Konstanz: Die Mitgliederzahlen steigen, die Mitarbeit gerade jüngerer Genossen nimmt zu. "Wir können, wir werden den etablierten Parteien gehörig Paroli bieten", sagte Hans-Peter Koch vom Sprecherrat der Linken. "Zumal die wirtschaftliche Entwicklung immer mehr Menschen davon überzeugt, dass eine soziale Alternative her muss". Das sei z.B. der gesetzliche Mindestlohn, betonte "Fips" Hanke, DGB-Vorsitzender in Konstanz, und unterstrich die notwendige Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Linkspartei.

Zahlreiche Aktionen, wie z.B. zum Sozialpass in Konstanz, verbunden mit einer Initiative im Gemeinderat, werden in den nächsten Monaten die Aktivitäten der Linkspartei in Konstanz und im Landkreis unter Beweis stellen. Dazu braucht es aber zahlreicher Helfer – zum Diskutieren auf Marktständen oder zum Verteilen von Flugblättern. Wir freuen uns auf jedwede Unterstützung.

(Seeblättle 1/2008)

Leistungen des Konstanzer Sozialpasses müssen erweitert werden!

Durch die zunehmende Verarmung von Kindern, Langzeitarbeitslosen und anderen Betroffenen der Hartz-IV-Gesetzgebung sind immer mehr Personen praktisch vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Die Kommune kann zwar nicht die Bundesgesetze ändern, steht jedoch in der Verantwortung, ihren sozialen Verpflichtungen und ihren Aufgaben zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge nachzukommen.

Zentrale Punkte sind hierbei die Mil-

derung der Kinderarmut und mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch die kostenlose Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie der kulturellen und Bildungseinrichtungen. Bisher werden zumeist nur 50% der Tarife für den öffentlichen Personennahverkehr und die Nutzung verschiedener städtischer Angebote übernommen. Die Regelleistung von 347 Euro (Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld) monatlich reicht jedoch in den meisten Fällen nur zur Deckung der Grundbedürfnisse aus und lässt keinen Spielraum für den Besuch kultureller oder anderer Veranstaltungen.

Notwendig ist außerdem die Ausweitung des Personenkreises, der berechtigt ist, einen Sozialpass zu bekommen. Heutzutage leben nicht nur Arbeitslose in Armut, sondern auch Geringverdiener. Deshalb muss der Sozialpass allen Personen zur Verfügung stehen, die monatlich 950 Euro oder weniger zur Verfügung haben, also an der Armutsgrenze leben.

DIE LINKE.Liste Konstanz fordert deshalb folgende Leistungserweiterungen beim Sozialpass:

- die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs,
- die kostenlose Nutzung der städtischen kulturellen, sportlichen und Bildungseinrichtungen (Bäder, Stadttheater, Museen und Stadtbücherei).

Sie fordert außerdem:

einen Sonderetat der Stadt Konstanz für Lernmittel und andere Utensilien, die bei Einschulung bzw. Schulwechsel zwingend angeschafft werden müssen sowie die Übernahme der Kosten für das Schulessen bei allen Betreuungs- und Bildungsangeboten.

Die Möglichkeit, einen Sozialpass zu beantragen, muss allen Betroffenen bekannt sein. Entsprechende Informationen müssen im Jobcenter, Sozialamt und Bürgerbüro ausgelegt werden bzw. auf der Startseite des Internetauftritts der Stadt Konstanz vertreten sein.

Die Stadträtin Vera Hemm wird diese Forderungen als Antrag in den Rat einbringen.

(Seeblättle 1/2008)

Veränderung der Schullandschaft in Ravensburg

Die Hauptschule in Oberzell wird geschlossen. Das geht in Ordnung, wenn dafür die Qualität am Standort Obereschach mindestens gehalten oder gehoben wird. Bei der alten "Dorfschule" handelt es sich heutzutage um einen Anachronismus, der den Anforderungen an SchulabsolventInnen immer weniger gerecht werden kann. Ein ausgebauter ÖPNV ist heutzutage in der Lage, Schü-

ler effizient zu befördern. Fatal ist dabei, dass die Schülermonatskarte mit Billigung der Stadt kontinuierlich teurer wird. Sprüche im Gemeinderat von der SPD oder "Bürgern für Ravensburg" zu den sinkenden Hauptschülerzahlen wie "die Schüler gehen eben auf die falsche Schule", sind wenig hilfreich. Die Hauptschule ist längst nicht mehr die "Volksschule", als die sie gelegentlich noch bezeichnet wird. Das dreigliedrige Schulsystem schafft sich, auch wenn sich die CDU dagegen sträubt, quasi selbst ab.

Ein Armutszeugnis für die städtische Schulpolitik ist allerdings, dass Schulamtsleiter Beck in der Bürgerfragestunde am 3. März gegenüber einer besorgten Mutter keine klare Zusage mehr treffen konnte, dass alle GrundschulabsolventInnen, die auf die städtische Realschule wollen, dort auch einen Platz bekommen. Die städtische Realschule platzt aus allen Nähten, viel zu große Klassen werden in viel zu wenig Räumen unterrichtet. So treibt man mehr und mehr Schüler in die Privatschulen. Der Privatschüleranteil ist in Ravensburg mit 37% längst viel zu hoch, von einer stimulierenden Konkurrenz kann keine Rede mehr sein. DIE LINKE fordert: Die Realschule muss dringend mit neuen Gebäuden (Klassenzimmern und Turnhalle!) ausgestattet werden. Zudem muss jede Baumaßnahme für die Umstellung auf Gemeinschaftsschule geeignet sein.

"Linke Schattenfraktion" im Gemeinderat Ravensburg, wir beobachten die öffentlichen Sitzungen für Sie! (Aus Neues Ravensburg, Zeitung der LINKEN.Ravensburg)

Drei Stunden diskutierte Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, bei einem Abgeordnetennachmittag am 16. April im Kulturladen Rhizom in Ravensburg mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern.

DIE LINKE.Ravensburg plant Sommerfest-Tour durch den Landkreis

Politik geht auch anders: Im Sommer wollen wir sie rausholen aus den muffigen Sälen und Hinterzimmern und gemeinsam mit Ihnen feiern und diskutieren.

Von Mai bis September wollen wir in der Regel Sonntagnachmittags in allen Teilen des Landkreises kleine Straßenfeste durchführen. Geplant sind Feste in allen Städten des Landkreises, also in Ravensburg, Weingarten, Aulendorf, Bad Waldsee, Bad Wurzach, Isny, Leutkirch und Wangen. Außerdem soll es Abstecher nach Wilhelmsdorf und Kißlegg geben. Die genaue Route der Tour ist noch unklar, wir befinden uns noch in Verhandlungen mit den betroffenen Gemeinden. Wir sehen ein großes gesellschaftliches Problem darin, dass Politik und Mitgestaltung von den Menschen nicht mehr als ihr persönliches Anliegen wahrgenommen werden. Das liegt auch daran, dass sich die Parteien in der Bundesrepublik bisher stets in Büroräumen und Hinterzimmern verschanzt haben. und bestenfalls in Wahlkampfzeiten ans Tageslicht traten. Das wollen wir ändern. Darum suchen wir jetzt ganz bewusst den engstmöglichen Kontakt mit den Menschen. Denn Demokratie alle vier Jahre genügt uns nicht. Ob sie nur eine Rote und ein Bier möchten oder diskutieren wollen, ob Sie mit der LINKEN sympathisieren und Gleichgesinnte kennen lernen wollen oder mit der LINKEN gar nichts anfangen können: Kommen Sie vorbei und machen Sie mit. Das hilft nicht nur uns und Ihnen, sondern auch den anderen Parteien: Denn ein wenig Konkurrenz belebt auch das politische Geschäft!

(aus "Neues Ravensburg")

Wachstumsmarkt "Modernisierung von Verwaltung"

Von Felicitas Weck, Fraktion DIE LINKE im Bundestag – Bund-Länder-Koordination

Arvato, Tochter des Medienkonzerns Bertelsmann, will mit der "Modernisierung von Verwaltungen" einen neuen Wachstumsmarkt für sich erobern.

In Deutschland sind rund 1,5 Millionen Menschen in Kommunalverwaltungen tätig mit einem Stellenvolumen von ca. 105 Milliarden Euro.

Nach Erhebungen der Bertelsmanntochter Arvato sind rund 20 % dieser Stellen outsource-bar, das Potential, das Kommunen an arvato abgeben könnten, wird mit ca. 20 Milliarden Euro jährlich beziffert.

Mittelfristig soll das Geschäft mit den Kommunen eine Milliarde Euro generieren, so Rolf Buch (Vorstandsvorsitzender Arvato) am 9. April 2008 auf der Bilanzpressekonferenz in Gütersloh. Arvato stehe derzeit mit weiteren 30 interessierten Kommunen in Kontakt.

Würzburg als deutsche Einstiegskommune ins Geschäft

April 2008: Zur Realisierung des Projekts "Würzburg integriert!" hat die Stadt Würzburg Arvato Government Services (Teil der Arvato AG, Tochter des international vernetzten Medien- und Kommunikationskonzerns Bertelsmann AG) Aufgabenbereiche wie beispielsweise das Beschaffungswesen, IT-Entwicklung und Betrieb, den Zahlungsverkehr, das Abrechnungswesen sowie Leistungen des Bürgerbüros übertragen. Damit ist Würzburg bundesweit die erste Kommune, die einen großen Teil ihres originären Aufgabenbereiches privatisiert.

Rund 570 Mitarbeiter arbeiten in der Würzburger Verwaltung. Nach den Plänen von Arvato werden in den nächsten zehn Jahren 75 Stellen wegfallen. Das entspräche einem Einsparvolumen von rund 27 Millionen Euro. Nach Medieninformationen erhält Arvato davon 17 Millionen Euro, 10 Millionen Euro bleiben im städtischen Haushalt. In nicht offengelegter Weise ist die Vergütung Arvatos von der Höhe der Rationalisierung abhängig. Das Projekt ist auf zehn Jahre angelegt. Die Linke Würzburg fordert bisher vergeblich die Offenlegung des Vertrages zwischen Stadt Würzburg und Arvato, sowie aller dazugehörigen Nebenverträge.





Regionalversammlung der LINKEN Nordostwürttemberg zur Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag in Waldenburg (Hohenlohe)

Die Daten aller Würzburger EinwohnerInnen und Unternehmen werden über das Rechenzentrum des Bertelsmann-Konzerns in Gütersloh laufen. Dort ist die Datendrehscheibe, denn die Stadtverwaltung hat nicht die Rechnerkapazitäten, um ihre Verwaltungsprozesse zusammenzufassen und auf einer Internetplattform zu bündeln.

Think-Tank Bertelsmann und seine Töchter

Der Bertelsmann-Haupteigner Mohn baute seine Bertelsmannstiftung zu einem Think Tank aus, der seine Führungsmethoden wissenschaftlich begründet, an aktuelle politische Gegebenheiten anpasst und in Politik und Verwaltung hinein trägt. Bertelsmann findet mit seinen Konzepten und Empfehlungen, über die Bertelsmann Stiftung wissenschaftlich aufgearbeitet, bei PolitikerInnen und Verwaltungsspitzen bundesweites Gehör. Propagandistisch verkauft sich Bertelsmann mit seinen Töchtern seit vielen Jahren über den Gebrauch von Vokabeln wie Wettbewerb, Qualität, Effizienz, Effektivität, Transparenz, E-Democracy, der selbstbestimmte Patient, die selbstbestimmte Schule, die Exzellenz-Universität, Best-Practice Systeme, betriebliche Strategien, Zielerfüllung in allen Bereichen, Benchmarking, Vergleiche über Vergleiche, Outcome-Orientierung, Eigenmanagement, effizienter Ressourcenverbrauch, Nachhaltigkeit, Kundenstatus der Patienten, Dienstleisterrolle der Ärzte ...

Folgerung für DIE LINKE in den Kommunalparlamenten

Würzburg ist für Bertelsmann nur der Einstieg. Daher sollten unsere KommunalpolitikerInnen bei den ersten Anzeichen einer versuchten Einflussnahme der Bertelsmann-Stiftung sofort hellhörig werden und die Bevölkerung über die geplanten Absichten informieren. Eine unmittelbare enge Kontaktaufnahme mit Verdi ist ergänzend unbedingt zu empfehlen, da es hier um einen gezielten Stellenabbau geht, dessen Einsparerlöse größtenteils auf das Bertelsmannkonto gehen sollen.

Die Bund-Länder-Koordination der Bundesfraktion wird die Fallbeispiele aus den einzelnen Kommunen sammeln, so dass auf allen Ebenen gezielte Aktionen gegen die "Bertelsmann-Kommune" durchgeführt werden können.

Dienstleistungsfreiheit steht über nationalen Arbeitnehmerrechten

Am 3. April hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg entschieden, dass ein Bundesland bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen keine Tariflöhne vorschreiben kann. Dieses Urteil ist von elementarer Bedeutung, da den im EGV (Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft) festgelegten wirtschaftlichen Grundfreiheiten eine höhere Priorität eingeräumt wird als den arbeitsrechtlichen Koalitionsfreiheiten gemäß Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes. Das Urteil zeigt, dass die wirtschaftlichen Grundfreiheiten zugunsten von Unternehmerfreiheiten wirken und die Arbeitnehmer den Bedingungen des Wettbewerbs weitgehend schutzlos ausliefern.

Nach Einschätzung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) würde eine Rechtsprechung zugunsten der Wirtschaftsfreiheiten nicht nur eine Situation unfairen Wettbewerbs, sondern auch eine Diskriminierung inländischer Firmen schaffen, die die nationalen Regeln einhalten müssen. Ausländische Firmen würden hingegen, nur weil sie ihren Sitz in einem anderen Mitgliedstaat haben, z.B. die Regeln über die öffentliche Auftragsvergabe umgehen können.

Der Generalsekretär des (EGB), John Monks, fordert jetzt eine Änderung der EU-Verträge als auch der sekundärrechtlichen Akte der EU. Laut EGB muss das Verhältnis zwischen sozialen Grundrechten und liberalen Grundfreiheiten so geregelt werden, dass eine weitere Rechtsprechung des EuGH, die die Grundrechte der Arbeitnehmer zugunsten der wirtschaftlichen Grundfreiheiten einschränkt, nicht mehr möglich ist. Da der Vertrag von Lissabon (sog. EU-Reformvertrag) das Streikrecht und die Tarifautonomie nicht gegen die richterliche Durchsetzung der wirtschaftlichen Grundfreiheiten schützt, hat sich Monks auch gegen die Ratifizierung des Lissabonner Vertrags, dem der Bundestag am 24.4. zugestimmt hat, ausgesprochen. Denn ein Schutz der sozialen Rechte etwa bei der Mitbestimmung oder bei den Arbeitnehmerrechten, ist im Lissabon Vertrag nicht enthalten. Im Gegensatz zum Grundgesetz, das wirtschaftspolitisch neutral ist, ist in diesem Vertrag der freie und unverfälschte Wettbewerb sowie die unternehmerische Freiheit, kurz: eine marktliberale Wirtschaftsauffassung festgeschrieben.

Annette Groth Ausführlicher Kommentar zu den drei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes im Fall Laval/Vaxholm, Viking und Rüffert und der Zusammenhang mit dem Vertrag von Lissabon auf den Nachdenkseiten vom 15.4.2008: http://www.nachdenkseiten.de/?p=3148

Sozialistische Linke diskutiert über Programmatik der Linken

Am 25. April veranstaltete die Sozialistische Linke in Stuttgart eine Einführungsveranstaltung zur Programmdiskussion. Ralf Krämer – Mitglied im Parteivorstand und der Programmkommission – gab eine Einführung in den Stand der Diskussion. Zeitlich wird es durch das Wahljahr 2009 eine Unterbrechung der Debatte geben, welche dann in 2010 fortgesetzt und voraussichtlich durch die Verabschiedung des Programms beendet wird. Bis dahin sind die programmatischen Eckpunkte das Gerüst der Linken.

In der Diskussion wurde eine Fülle von Fragen aufgeworfen. Einigkeit bestand im Festhalten des Antikriegskurses der Partei, in der Wichtigkeit der Mitarbeit in und Mobilisierung zu den sozialen Auseinandersetzungen.

Differenzen traten auf in der Reichweite des Programms. Kontrovers diskutiert wurde, wie weit im Rahmen des "Finanzkapitalismus" die Reformen der Linken umsetzbar sind und wie eine alternative Wirtschaftsform aussehen könnte und durch durchsetzbar ist. Auch die größer werdenden ökologischen Probleme eines vom Erdöl abhängigen Kapitalismus waren Teil der Debatte, einerseits als Notwendigkeit für eine Überwindung des Kapitalismus, ande-

rerseits als mögliche Antriebskraft für einen Politikwechsel.

Um die spannende Debatte fortzusetzen und an bestimmten Themen, wie z.B. einer genaueren Analyse des Finanzkapitalismus, den Möglichkeiten zur Regulierung der Wirtschaft sowie der Eigentumsfrage, weiter diskutieren zu können, plant die SL Baden-Württemberg für Ende Oktober ein weiteres Seminar.

Von Interesse kann auch die bundesweite Sommerakademie der Sozialistischen Linken sein, die von 15. bis 19. August 2008 in der Verdi-Bildungsstätte Bielefeld-Sennestadt stattfindet.

Wolfgang Kämmerer und Dirk Spöri

Einladung zur Gründung der LAG Bürgerrechte und Demokratie

Am Samstag, den 31. Mai 2008, wollen wir ab 14 Uhr im LINKE-Büro in Mannheim, B2.14, eine Landesarbeitsgemeinschaft Bürgerrechte und Demokratie gründen. Dazu laden wir alle Interessierten herzlich ein.

Die LAG soll sich vor allem mit zwei Themenkomplexen befassen:

Zum Einen geht es um den Schutz unserer Bürgerrechte vor den Überwachungsphantasien, mit denen insbesondere die Bundesinnenminister Kanther, Schily und nun Schäuble am Umbau unserer Gesellschaft zu einem "präventiven Sicherheitsstaat" arbeiten. Lauschangriff, Videoüberwachung, biometrische Pässe, Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung – die Liste der Schandtaten der Regierung ist jetzt schon lang. Mit dem geplanten "Spähangriff" oder auch dem von der Union nach US-amerikanischem Vorbild geplanten "Nationalen Sicherheitsrat" soll die Aushöhlung der Demokratie fortgesetzt werden. Gleichzeitig lässt ein seit über zehn Jahren versprochenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz weiterhin auf sich warten, selbst nach den unsäglichen Vorfällen bei Lidl, Aldi & Co.

Zum Anderen geht es um die weitere Demokratisierung unserer Gesellschaft. Besonders direktdemokratische Formen der Entscheidungsfindung sind in Deutschland weiterhin zu wenig ausgeprägt. Volksabstimmungen auf Bundesebene gibt es nicht. Auf Landes- und kommunaler Ebene sind die Voraussetzungen zum Teil sehr beschränkt.

Deshalb wollen wir eine landesweite Arbeitsgemeinschaft gründen, die sich mit den genannten Themen inhaltlich und praktisch-politisch auseinandersetzt. Mit Willy Brandts Worten: Es geht darum, mehr Demokratie zu wagen. Dazu müssen wir der weiteren Aushöhlung der Bürgerrechte entgegentreten und eine Erweiterung der Demo-



Anzeige

- ◆ Dietmar Wittich: "Die LINKE: WählerInnen und strategische Perspektiven" 28. Mai, 19 Uhr | Stuttgart | Kulturzentrum Merlin, Augustenstr. 72
- ◆ "Willy Bleicher und Eugen Ochs im Kino" Filmporträts und anschließende Diskussion
- 1. Juni, 11 Uhr | Ludwigsburg | Kino Caligari | Seestr. 25
- ◆ Seddik Bibouche: "Rechtsextremismus und sein Umfeld"
- 5. Juni, 20 Uhr | Tübingen | Schlatterhaus (kl. Saal) | Österbergstr. 2
- ◆ Seminar "Das Kapital lesen" Teil III
- 6.-8. Juni | Böblingen | Haus der kath. Betriebsseelsorge | Sindelfinger Str. 14
- ◆ Theo Bergmann: "China vor dem großen Sprung?"
- 11. Juni, 19 Uhr | Stuttgart | Kulturzentrum Merlin, Augustenstr. 72
- ◆ Peter Birke: "Besetze Deine Stadt! Kampf um Freiräume"
- 11. Juni Tübingen | 12. Juni Stuttgart | 13. Juni Karlsruhe | 16. Juni Freiburg
- ◆ Christina Kaindl: "Völkischer `Antikapitalismus`. Widerstand gegen die Globalisierung von Rechts"
 12. Juni, 20 Uhr | Tübingen | Schlatterhaus (kl. Saal) | Österbergstr. 2
- ◆ Seminar "Neuer Kapitalismus Neue Soziale Bewegungen?"
- 14. Juni, 10 18 Uhr | Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Forum | Planckstr. 79
- ◆ Wolfgang Fritz Haug: "Marx ist tot, es lebe Marx?"
- 18. Juni, 19.30 Uhr | Stuttgart | Stuttgart | Kulturzentrum Merlin, Augustenstr. 72

Details zu den Veranstaltungen unter www.rlf-bw.de

V.i.S.d.P.: RLF. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg, Planckstr. 79, 70184 Stuttgart ++post@rlf-bw.de ++ 🕿 0711-6936607

kratie einfordern. Vor Beginn der Gründungsversammlung findet am 31. Mai von 11 bis 13 Uhr auf dem Mannheimer Marktplatz, Ecke R1, ein Infostand im Rahmen des bundesweiten Aktionstages "Freiheit statt Angst" statt.

Carsten Labudda, Weinheim Edgar Wunder, Heidelberg

LAG Religion

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Religionen fand am 7.4.2008 in Stuttgart statt. Inzwischen sind unserer Arbeitsgemeinschaft 20 Mitglieder beigetreten.

Für uns war es an der Zeit eine solche Landesarbeitsgemeinschaft zu gründen. Wir möchten als religiöse Menschen in unserer Partei und nach außen hin wirken. Es sind alle eingeladen, die dabei mitwirken möchten. Wir würden uns freuen, Christen, Muslime,

Juden und andere begrüßen zu dürfen.

Im Rahmen der Gründungsversammlung haben wir eine vorläufige Zielsetzung festgelegt. Für uns ist es wichtig, die Politik der Linken im kirchlichen Bereich vorzustellen. Wir wollen uns mit allgemeinen ethischen Fragen



der Gesellschaft auseinandersetzen. Natürlich werden wir unsere Vorstellungen in der Gesamtpartei einbringen. In unserer Gründungsversammlung war es uns ein besonderes Anliegen, eine gute Zusammenarbeit mit verschiedenen muslimischen Gruppen zu suchen.

Es würde uns freuen noch mehr Mitglieder begrüßen zu dürfen. Unsere Sitzungen finden im Landesbüro in Stuttgart statt.

Kontaktadresse: Frank Winkel, Birkenstr. 13, 73329 Kuchen, Tel. 07331/824.194 (zu erreichen ab 19 Uhr)



Anzeige

Kommunalpolitische Seminare

- ♦ Aktiv werden in der Kommunalpolitik: Welche Stellung hat die Kommune im politischen System? Welche grundlegenden Dinge muss ich wissen, um Politik in der Kommune gestalten zu können? (mit Manfred Klaus, Referent für Regional- und Kommunalpolitik der Fraktion Die LINKE im Bundestag)
- 21. Juni, 10 17 Uhr | Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Forum | Planckstr. 79
- 22. Juni, 10 17 Uhr | Karlsruhe | DGB-Haus | Ettlinger Str. 3a
- ◆ Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Informieren, bekannt machen, überzeugen, motivieren, aktivieren,... (mit Marc Amann, Referent und Coach in politischer Bildungsarbeit für soziale Bewegungen und politische Organisationen)
- 13. September, 10 17 Uhr | Karlsruhe | DGB-Haus | Ettlinger Str. 3a
- 14. September, 10 17 Uhr | Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Forum | Planckstr. 79
- ◆ (Rhetorik und Auftreten: Themen präsentieren, Reden halten, Argumentieren, Diskutieren, Informieren,... (mit Marc Amann, Referent und Coach in politischer Bildungsarbeit für soziale Bewegungen und politische Organisationen)
- 11. Oktober, 10 17 Uhr | Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Forum | Planckstr. 79
- 12. Oktober, 10 17 Uhr | Karlsruhe | DGB-Haus | Ettlinger Str. 3a
- ♦ Die Kommune als Wirtschaftsakteur (mit Michael Friedrich, kommunalpolit. Sprecher der Linksfraktion im sächsischen Landtag)
- 22. November, 10 17 Uhr | Karlsruhe | DGB-Haus | Ettlinger Str. 3a
- 23. November, 10 17 Uhr | Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Forum | Planckstr. 79

DIE LINKE Baden-Württemberg

Bericht von der Landesvorstandssitzung am 30.3.08 in Stuttgart

Naturfreundehaus Fuchsrain, Stuttgart

Anwesend (Vorstand vollständig plus Gäste): Karin Binder, Christoph Cornides, Stefan Dreher, Franz Groll, Annette Groth, Jürgen Gulden, Ute Gsöls-Puhl, Wolfgang Kämmerer, Susanne Kempf, Gudrun Kuch, Carsten Labudda, Elke Lison, Gregor Mohlberg, Reinhard Neudorfer, Silvia Ofori, Biggi Ostmeyer, Christoph Ozasek, Anne Rahlfs, Bernd Riexinger, Sabine Rösch-Dammenmiller, Heidi Scharf, Michael Schlecht, Ursula Schorlepp, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit, Stefan Straub.

- 1. In der aktuellen politischen Runde wurde beraten über die derzeitige wirtschaftliche Situation, Auswirkungen der Finanzmarktkrise, die aktuellen Tarifrunden, Zusammenarbeit mit der SPD und Regierungsbildung in Hessen.
- 2. Der Landesschatzmeister legte dem Vorstand und der Finanzrevision den Finanzbericht für 2007 vor.

Die Spenden- und Beitragsbescheinigungen 2007 des Landesverbandes waren Mitte März bei den Mitgliedern. Die Bescheinigungen der WASG (1. H.jahr 2007) werden auf Bundesebene erstellt, voraussichtlich bis April. Intranet: wird demnächst produktiv. Dann werden für die Kreisverantwortlichen Datenschutzschulungen durchgeführt; ohne Schulung kein Zugang. Aus jedem KV soll es zwei Verantwortliche geben. Weiter wird vereinbart, dass in Zukunft beim Bericht zur Mitgliederentwicklung der Frauenanteil ausgewiesen wird. Im Moment haben wir ca. 2400 Mitglieder.

- 3. Christoph berichtet, dass die Bundesfinanzrevision am 17.11. 2007 die Finanzen des Landesverbandes in Bezug auf die KAG, insbesondere das entsprechende Buchungskonto der Partei prüfte und für korrekt erachtete. Bei der KAG handelte es sich um einen Zusammenschluss, der nach Statut der Linkspartei.PDS anerkannt war. Die KAG stellte in der Sitzung ihre Arbeit und Publikationstätigkeit vor.
- 4. Der Landesverband unterstützt die Mobilisierung zur Bildungsdemonstration am 19.04.2008 in Stuttgart.

Diese Demonstration wird von der Initiative "Schule mit Zukunft" durchgeführt. Von uns wird es wird ein Transparent und den Schulflyer geben. In der Diskussion wird unser Engagement für ein flächendeckendes kostenloses Schüleressen betont und die landesweite Unterschriftenaktion für landesweite Schulfonds. Postkarten sollen zukünftig stärker als Publikationsmittel eingesetzt werden.

5. Rentenkampagne: Michael Schlecht stellt die Kampagne der Bundespartei vor. Die Financial Times titelte: "Lafontaines populistische Linke plant Rentenkampagne". Dieser Ansage wollen wir gerecht werden. Am 26.4. wird es zur Ausbildung der Mitglieder eine Arbeitskonferenz in Stuttgart geben (Anmerkung: Die zeitgleich geplante Veranstaltung der "Sozialistischen Linken" wird direkt nach der Arbeitskonferenz im gleichen Raum ab 15 Uhr stattfinden). Der nächste Schritt in Planung ist ein medien- und öffentlichkeitswirksames Großevent, voraussichtlich am 7.Juni 2008 mit Prominenz.

Dazu soll breit mobilisiert werden. Es wird ein 24-seitiges Papier zum Thema geben sowie ein regelmäßig (14-tägig) erscheinendes aktuelles Flugblatt, welches an Infotischen einsetzbar sein wird. Es wird einzugehen sein auf die Propaganda, "die Jungen" müssten das alles bezahlen, wobei es ja gerade sie es sind, die um zukünftige Rente betrogen werden. Die Stoßrichtung ist: "Die gesetzliche Rente sicher machen".

6. Bundesparteitag: Es liegt ein Leitantrag vor, der über Anträge optimiert werden soll. Ein gesonderter Antrag zu "Rente" von Michael Schlecht soll aus dem Landesverband unterstützt werden. Franz Groll bittet, den Antrag der Öko-Plattform zu unterstützen. Ein Höhepunkt der BPT wird der

Startschuss zur Rentenkampagne sein. Es wird einen Auftrag an die Programmkommission geben, schnell ein vorläufiges Diskussionspapier zu veröffentlichen, das allerdings dann auch bis zum Sommerende 2008 abdiskutiert sein soll. Die "richtige" Programmdiskussion soll dann aber erst 2010 kommen. Für das Parteitagspräsidium schlagen wir Hasso Ehinger vor, für die Antragsberatung Biggi Ostmeyer und Stefan Dreher

Der Landesvorstand unterstützt ohne Gegenstimmen und bei wenigen Enthaltungen die erneute Kandidatur der BuVo-Mitglieder aus BaWü Brigitte Ostmeyer, Heidi Scharf, Michael Schlecht und Ulrich Maurer.

Die bisherigen Regionalversammlungen zur Kandidatenwahl in Nordostwürttemberg und Südbaden waren von über 20 % der Mitgliedschaft besucht.

- 7. Kommunalwahl: Die kommunalpolitischen Eckpunkte sind im Landesinfo veröffentlicht. Die Diskussion in den Kreisverbänden zu diesem Thema ist angelaufen. Zu den Eckpunkten gibt es einige Änderungswünsche, die der Vorstand bis zur Verabschiedung im Landesausschuss am 5. Juli berücksichtigen soll. Zusätzlich gibt es eine Handreichung, der letzte Woche an die Kreisverbände gemailt wurde und in kleiner Auflage auch gedruckt wird. Ferner gibt es ein Bildungsangebot des Rosa-Luxemburg-Forums. Die Kreisverbände engagieren sich zunehmend zu kommunalpolitischen Themen, z.B. Bürgerbegehren gegen Wohnungsverkauf in Heidelberg. Erster Schritte gibt es bei der Mobilisierung von Kandidatinnen und Kandidaten. Am 5. Juli soll der Landesausschuss die Kommunalen Eckpunkte verabschieden. Bis dahin soll eine Übersicht über geplante Kandidaturen entstehen. Eine Kommunalpolitische Konferenz wird für das Frühjahr
- 8. Bildungskonzept der Partei: Es gibt nach dem 5.4.08 eine Ausschreibung für "Multiplikatoren" aus den Ländern. Parteinahe Bildungsangebote wird es auch durch die RL-Stiftung und durch den Verein WASG geben. Michael Schlecht schlägt eine 4-tägige Sommerakademie vor. (Langes Wochenende, z.B. 3. Juliwoche, mit ca. 40 ambitionierten Leuten mehr Zeit und Muse für die Inhalte der Bundestagswahl).

Beschluss: Wir machen einen Testlauf. Für diesen Vorschlag soll ein Konzept vorgelegt und eine Räumlichkeit gesucht werden.

(Protokoll: Stefan Dreher und Bernhard Strasdeit)

Delegiertenbesprechung am 27. April in Stuttgart

Bericht über die Ergebnisse der Delegiertenvorbesprechung für den Bundesparteitag und der Landesvorstandssitzung am 27.4.08 im Waldheim Gaisburg / Stuttgart

Bundesparteitag

Biggi Ostmeyer, Michael Schlecht und Uli Maurer informierten die Delegierten und LV-Mitglieder über den Stand der Vorbereitung des Bundesparteitages. Wesentliche Positionen aus dem vom LV in Baden-Württemberg gestellten Antrag zur Wirtschaftspolitik sind nunmehr im Antragstext für den Leitantrag übernommen worden, insbesondere die Forderung nach einem Investitionsprogramm von 50 Mrd. Euro. Dieser Punkt hatte im Vorfeld für Kontroversen gesorgt. Nunmehr gab es im Bundesvorstand nur eine einzige Enthaltung, alle anderen hatten zugestimmt. Große Teile der Anträge werden aus zeitlichen Gründen nicht behandelt werden können. Nicht behandelte Anträge müssen nach Auffassung von BaWü an den Bundesausschuss verwiesen werden.

Bei den Wahlen zum Bundesvorstand unterstützen wir selbstverständlich die Kandidaten/innen aus Baden-Württemberg, Uli Maurer, Michael Schlecht, Bigi Ostmeyer und Heidi Scharf. Als stellvertretende Parteivorsitzende wird von Lothar Bisky Halina Wawzyniak vorgeschlagen. Sie kommt aus dem Landesverband Berlin und wird als Vertreterin der Berliner Senatspolitik eingeschätzt. Die überdeutliche Mehrheit der Delegierten und des Landesvorstandes lehnt diesen Vorschlag ab. Politisch geht es für DIE LINKE nicht darum Anschlussfähigkeit an die SPD und Regierungsfähigkeit zu erlangen, sondern klare und eindeutige Oppositionspolitik zu machen. Ein Meinungsbild der anwesenden Delegierten und Vorstandsmitglieder ergab: wenn sich keine Kompromisskandidatin findet, würde eine überdeutliche Mehrheit der Anwesenden Sahra Wagenknecht gegenüber Halina Wawzyniak vorziehen.

Rentenkampagne

Der Bundesparteitag bildet gleichzeitig den Auftakt zur bundesweiten Rentenkampagne. In Baden-Württemberg fand am 26.4.08 eine gut besuchte und inhaltlich sehr gut ausgerichtete Arbeitstagung statt. Am Samstagvormittag, dem 7.6. findet im Stuttgarter Theaterhaus die landesweite Auftaktkonferenz mit Oskar Lafontaine, Hans Urban (IGM-Vorstandsmitglied) und Marion von Wartenberg (stellvertretende DGB-Landesvorsitzende statt. Der LV beschließt für die Veranstaltung groß zu mobilisieren (600 Teilnehmer/innen), in Stuttgart und den Nachbarkreisen zu plakatieren und allen Kreisen Flyer zur Verfügung zu stellen. Mit dem Rententhema bewegen wir uns inmitten der aktuellen politischen Diskussion. Entscheidend, neben einer guten Auftaktveranstaltung, ist die Fortsetzung der Kampagne in den Kreisen. Bitte überall Veranstaltungen durchführen. Der Film "Rentenangst" soll und kann dabei eingesetzt werden.

Fahrplan bis zur Bundestagswahl

Der bereits auf der Klausurtagung beschlossene Fahrplan zur Aufstellung der Landesliste für die Kandidaten/innen zur Bundestagswahl wurde fortgeschrieben. Die Landesliste wird auf einem Sonderparteitag am 24.1. gewählt. Die Kreise sollen sich bereits im Herbst Gedanken über Kandidaten/innen-Vorschläge machen. Im Herbst sollen die Kandidaten/innen in den Wahlkreisen für die Direktkandidatur vorgeschlagen werden.

Kommunalwahlen

Die Vorbereitung für die Kommunalwahlen ist in den meisten Kreisverbänden im Gange. Wichtig ist, dass jetzt bereits auf Kandidaten/innen-Suche gegangen wird. Die kommunalpolitischen Eckpunkte werden auf der Sitzung des Landesausschusses am 5. Juli verabschiedet. Bitte Änderungs- und Erweiterungsvorschläge rechtzeitig einbringen. Der Landesvorstand beschließt Hermann Abmeyer mit der Durchführung von Lehrgängen zum Aufbau einer guten Kommunikationsund Informationspolitik zu beauftragen (z.B. wie schreibe ich Artikel und mache ein Info, redaktionelle Gestaltung der Homepage, usw.). Die Seminare sollen in den Regionen angeboten werden.

Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederentwicklung ist weiterhin positiv. Wir entwickeln uns jedoch langsamer als manch andere Westlandesverbände, z.B. wie NRW. Insgesamt haben wir insbesondere in den Großstädten zu wenige Mitglieder. Auch wird zu wenig aktiv geworben. Weiterhin gibt es viel zu wenig Migranten/innen als Mitglieder. Schließlich ist Ba-Wü ein Bundesland mit hohem Migranten/innen-Anteil. Es wird beschlossen mehrsprachige Prospekte zu fertigen, sofern es sie nicht auf Bundesebene gibt. Außerdem soll gezielt auf die Migranten/innen-Gruppen und Organisationen zugegangen werden. Dabei bieten sich auch die Kommunalwahlen an.

Solid und SDS

Die Vertreter von Solid berichteten über den Stand der Vorbereitung des Pfingstlagers im Schwarzwald. Sie rechnen mit ca. 30 Teilnehmer/innen. In mehreren Universitätsstädten gibt es Studentengruppen. Die Kreisverbände sollen darüber informiert werden, wo es solche Gruppen gibt und wer die Ansprechpersonen sind.

Stuttgart, den 8.5.08, Bernd Riexinger (für den geschäftsführenden Landesvorstand)

Landesverband DIE LINKE. Baden-Württemberg

Terminübersicht

2008

24./25. Mai Bundesparteitag in Cottbus **6. Juni** 18 Uhr Landesvorstandssitzung

7. Juni Veranstaltung / Rente mit Oskar Lafontaine in

21. Juni RLS-Kommunalseminar (Einführung) in Stuttgart

22. Juni RLS-Kommunalseminar (Einführung) in

Karlsruhe

5. Juli Landesausschuss, Verabschiedung Kommunale Eckpunkte/ Stand Kommunalwahlvorbereitung

u. Bundestagswahl

Ende Juli in Planung ist eine Sommerakademie (Schlecht/ Straub): Vorbereitung zum Wahljahr 2009

Juli–3. Okt. Wahl der Delegierten zum Landesparteitag am 15.11. und

Landesparteitag am 15.11. und ggf. zur LandesvertreterInnenversammlung im Januar 2009 in den KVs

13. Sept. RLS-Kommunalseminar Öffentlichkeitsarbeit Karlsruhe

14. Sept. RLS-Kommunalseminar Öffentlichkeitsarbeit

14. Sept. Landesvorstand (Überschneidung?)

11./12. Okt. Rhetorik-Seminare der RLS in Stuttgart und Karlsruhe

17. Oktober Landesvorstand

15. Nov. Landesparteitag (Neuwahl Landesvorstand)22. Nov. RLS-Kommunalseminar (Wirtschaft) in

Karlsruhe

23. Nov. RLS-Kommunalseminar (Wirtschaft) in

Stuttgart

2009

24./31. Jan. Landesweite Vertreterinnenversammlung zur Wahl der Landesliste für die Bundestagswahl. Dafür müssen landesweit VertreterInnen und Vertreter nach Wahlrecht gewählt werden. Identität mit Landesparteitagsdelegierten möglich, nicht zwingend

Dez. 2008 bis Anfang März 2009

Feb./März Nominierung, kommunale Listenbildungen
Unterschriftensammeln für Kommunalwahl.
Voraussichtlich ab 31.3.: Einreichung der kommunalen Listen

April Tagung der Wahlausschüsse. (Die genauen Termine werden noch amtlich bekannt gegeben.)

28. Feb. / 1. März (alternativ: 14./15. März)

Bundesparteitag (Europawahlprogramm) und Bundes-VertreterInnenversammlung / Wahl Europaliste

Dezember 2008 bis Mai 2009

Aufstellung der WahlkreiskandidatInnen zur Bundestagswahl. (amtlich möglich frühestens ab 19. Juni 2008)

Ende April / Anfang Juni

heiße Wahlkampfphase Kommunal-/

Europawahl

7. Juni Kommunal- und Europawahlen
13./14 Juni Bundesparteitag zur Bundestagswahl
(alternativ: 20./21. Juni)

Sept. Bundestagswahl (Wahltermin zwischen 20.9.

und 18.10.2009)



<u>Landesgeschäftsstelle</u>

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www. die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

<u>Geschäftsführender</u> <u>Landesvorstand</u>

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail: B.Riexinger-Wahlalternative@web.de Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946, strasdeit@t-online.de Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Ursula Schorlepp, usasg@web.de

Anträge und Stellungnahmen an die Landesschiedskommission bitte über die Postadresse des Landesverbandes.

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583/1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541/85097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www. dielinke-bodensee.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152/52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Louis Runge, Grißheimerweg 30, 79423 Heitersheim, Tel.: 07634/507750, dielinke-breisgau@t-online.de; Irmgard Koll, Zunzinger Str. 7a, 79379 Müllheim, Tel.: 07631/170263

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051/3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, August-Faller-Str. 7a 79183 Waldkirch, Tel: 07681-23143 Mail: info@die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Wolfgang Kämmerer, Tel.: 0711/412785, Mail: mail@wolfgangkaemmerer.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Hans-Ulrich Bünger, Sandgrube 15, 72270 Baiersbronn, Tel.: 07442/120961, Mail: hubuenger@gmx.net

Göppingen

Herbert Eckhoff, 73312 Geislingen a.d.St, 07331/66520, herbert.eckhoff@t-online.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224/16937, mobil: 0177 4008790, Mail: henri.mueller@online.de, Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22 975, die.linke.kv.hdh@web.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940/ 7994, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwäbisch Hall, Tel (0791) 5 4118, Fax (07 91) 55178, Mail: jochenduerr@freenet.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www. dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: Die-Linke-Konstanz@gmx. de

Lörrach

Manfred Jannikoy, Lörrach, Tel.: 07621/705211, Mail.: m.jannikoy@t-online. de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141/57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141/ 58209, eMail: u.genswuerger@gmx.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341/600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Regionalbüro Mannheim: B2 14, 68159 Mannheim.Kreisverband:Tel:0621/1227218 (mit AB) Mail

Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/303695, Mail: ttrueper@aol.com

Neckar-Odenwald-Kreis

Burkhard Malotke, In der Heinrichsburg 12/6, 74821 Mosbach, Tel 06261-619655, eMail: Burkhard.Malotke@gmx.de

Ortenau

Thomas Heidt, 77855 Achern, Tel.: 07841/280138, tom-andi@t-online.de; Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Renchen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de,

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Mirco Kolarcik, Tel.: 0751/ 94843, Mail: info@linkspartei-ravensburg.de, Net: www. linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332 Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254. Mail: ckramerneudorfer@onlinehome.de; Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: c, Web: www.die-linke-rems-murr.de.vu

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe. riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tutt-lingen, Mail: wachter.tut@web.de, Tel.: 07461/6558

Sigmaringen

Rainer Kaltofen, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Thomas Krauss, 72519 Veringenstadt, Tel. 07577-926486, eMail mail@der-eichi.de

Stuttgart

DIELINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/72236848, Fax 0711/72236849, eMail: info@die-linkestuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731/3988823, Fax /3988824, mobil über: Walter Kubach, 016090792293.

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754/929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Xenia Berger, 72351 Geislingen, 07428/918244, xenia.berger@vera-cruz.net

<u> Arbeitsgemeinschaften</u>

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170/5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761/131516, Fax: 0761/135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0711-5203772, Fax 0711-6581782, eMail: c.staehle@linkspartei-stuttgart.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071/639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Anne-Maike Rahlfs, Tel.: 0176 22943915, eMail: anne.rahlfs@linkspartei-bw.de Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

AG Wirtschaftspolitik

Adelbert Ringwald, Tel.: 07682/ 328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz.

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: edmond@jaegerhome.de Karlsruhe: daniel.bruns@stud.uni-karlsruhe. de

TÜBINGEN: www.tuebingen.solid-bw.de
HEIDELBERG: heidelberg@solid-bw.de
STUTTGART: stuttgart@solid-bw.de
KONSTANZ: Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de
LANDESKOORDINATION: DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35 48
93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

<u>Jugendverband</u> <u>Linksjugend ['solid]</u>

Linksjugend [,solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548 9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Europabüro Tobias Pflüger

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen Email: mail@tobias-pflueger.de Tel: 07071-7956981, Fax: 07071-7956981 homepages: www.tobias-pflueger.de, www.linkspartei.pds-europa.de

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostiropoulos, Die Linke., Haus der Fraktionen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-386409, Fax 0721-386410, stadtrat@pds-karlsruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, Linke. Liste Konstanz, Gartenstr. 33, 78462 Konstanz , vera.hemm@t-online.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/293-9585 Fax: 0621/293-9595, Rathaus E 5, 68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo bis Do 9-12.30 Uhr und nach Vereinbarung. E-mail: gudrun.kuch@mannheim.de

Stuttgart

Ulrike Küstler, Die Linke, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de, www.stuttgart.de/die-linke

Tübingen

TüLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübingen, www.tuebinger-linke.



de. Gerlinde Strasdeit (Stadträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel. 07071-40450, Fax: -49992, Mail: AntonBrenner@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtrat), Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadträtin), Tel. 07071/23848, Traudel. Horn-Metzger@gmx.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@ wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer. de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax: 07071/208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761/4510292 freiburg@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@ wk.bundestag.de, www.karin-binder.de

News +++ News +++ News

Mit dem wöchentlichen Newsletter bleiben Sie immer auf den Laufenden und erfahren als Erstes die wichtigsten Neuigkeiten über die Arbeit der Partei DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter: http://newsletter.die-linke.de



Veranstaltungen, Termine, Hinweise

Landesausschuss tagt amJuli

Ort, Zeit werden noch mitgeteilt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. kommunalpolitische Eckpunkte, Mitgliederwerbung, Rentenkampagne und Antikriegskriegsaktionen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kreisverbände (je 1, Stuttgart: 2) und LAGsbitte dem Landesbüro anmelden

Ratgeber Kommunalwahl erschienen

Für die Vorbereitung der Kommunalwahl 2009 steht den Kreisverbänden ein Ratgeber zur Verfügung, der im Landesbüro und auf der Landeswebsite abrufbar ist. Das Skript gibt praktische Tipps für die Vorbereitung und Aufstellung der Listen sowie eine Übersicht über die Landkreise und kreisfreien Städte in BaWü. Derzeit finden in vielen Kreisverbänden Treffen zur Vorbereitung der Kommunalwahl statt. Den Stand der Beratungen bitte dem Landesbüro mitzuteilen, damit eine Übersicht erstellt werden kann.

- Balingen, Samstag, 24.5. 17.30 Uhr, Öffentlicher Stammtisch. Gaststätte Lehnerhof, Am Stettberg 5. Kontakt: Jochen Lange, Tel. 07433-9978566,
- Freiburg, Mittwoch, 28.5. 19.30 Uhr, Monatliches Plenum im DGB-Haus, Hebelstr. 10.
- Biberach, Do., 5.6.

19 Uhr: "Die LINKE und Israel". Noodles-Biberkeller, Birkenharder Str. 1. Referenten: Dr. Jan Sandel und Dr. Uwe Prutscher. Moderation: Herbert Wilzek, Kreisvorsitzender

- Freiburg, Dienstag, 10.6. 19 Uhr, Treffen der regionalen AG Betrieb & Gewerkschaft, DGB-Haus, Hebelstr. 10.
- Mannheim, Di., 10.6.
 18.30 Uhr, Gewerkschaftshaus "Gute Arbeit gute Löhne gute Rente". Veranstaltung mit Werner Dreibus

(MdB). Gründung der AG Betrieb/Gewerkschaft in der Region Rhein-Neckar-Odenwald.

■ Calw, Dienstag, 10.6., 19.30 Uhr, Veranstaltung mit Ulrich Maurer (MdB), Hotel "Rössle", Hermann-Hesse-Platz 2.

Schwäbisch-Gmünd, Freitag 13.6.

Ab 17 Uhr, Solid-Party im Cafe Freiraum. Schwäbisch Gmünd, Pfeiffergässle. "Do the Revolution Dance" mit DJs, Hip-Hop Battle, Schweinereien und Vegetarisches vom Grill.

Stuttgart, Fr., 13.6.

18 Uhr. Treffen der LAG Bildung, im Landesbüro
Stuttgart

- Tübingen, Dienstag, 17.6. 19.30 h. Voraussichtlich Veranstaltung im Sahra Wagenknecht im Gemeindehaus Lamm /Marktplatz
- Waiblingen, Mi., 18.6. 19.30 h, Rentenveranstaltung im Kulturhaus Schwanen, Winnender Str. 4.

■ Baden-Baden / Raststatt, Donnerstag, 19.6.

19.30 Uhr. "Gute Rente", Veranstaltung mit Michael Schlecht (Ort noch offen/im Landesbüro erfragen)

Ulm, Freitag, 27.6.

19 Uhr, Rentenveranstaltung mit Michael Schlecht. Im "Blauflesch", Lindenstra-

Ulm, 11.7., Sommerfest

Im Naturfreundehaus Spatzennest mit Uli Maurer

■ CSD-Woche in Stuttgart, 18.–26. Juli

Rathaus-Empfang des CSD mit Schirmfrau Gabi Zimmer (MdEP, GUE/NGL) am 18. Juli; Veranstaltung in der Liederhalle am 19 Juli; Parade und Abschlusskundgebung am 26 Juli auf dem Schlossplatz, ebenfalls mit Gabi Zimmer.

■ Vorankündigung Ökologiekongress am 11.10.

In Stuttgart. LAG Ökologische Plattform; mit workshops u.a. zu kommunalpolitischen Themen Gute Arbeit - Gute Löhne -

Gute Rente.

Samstag, 07.06.08, 11:00 h Theaterhaus Stuttgart

Stgt.-Feuerbach, Siemensstraße 11

Marion von Wartenberg

Stellvertretende DGB-Vorsitzende Baden-Württemberg

Hans-Jürgen Urban

IG Metall-Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands

Oskar Lafontaine

Parteivorsitzender DIE LINKE



www.die-linke-bw.d

■ Sommerschule 2008

Donnerstag, den 14. August bis Sonntag, den 17 August in Erfurt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft ArGe "Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung" der LINKEN bietet für die diesjährige Sommerschule in Erfurt drei Kurse an.

1. Kulturwissenschaften: "Bürgerrechte im Krieg". Text hierzu u.a. Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007 (von Innenminister Schäuble geschätzter Autor). Vorbereitung: Christiane Schneider.

2. Wirtschaft. Stadtwerke

- Entstehung, Entwicklung, Aussichten und Bedeutung für linke Reformpolitik. Von der Entstehung der Stadtwerke im 19ten Jahrhundert, die mit der Entstehung der modernen Gewerbestadt verflochten ist. (Beispiel München). Weiter zu der tragenden Rolle, die der öffentlich-rechtliche Sektor des Wirtschaftens für die Entwicklung der Privatwirtschaft (Beispiel Berlin). Hin zu dem Problem der demokratischen Steuerung dieser Einrichtungen. Ein Problem ist, dass die Märkte, auf denen Stadtwerke heutzutage operieren, mit den politischen Gebietskörperschaften, für die sie tätig sind, bei weitem nicht deckungsgleich sind. Ein weiterer Punkt, den wir gemeinsam mit Angehörigen der Landtagsfraktion der LINKEN in Thüringen vorbereiten, betrifft die Rolle und die Perspektive öffentlich-rechtlichen Wirtschaftens für die wirtschaftliche Entwicklung im Osten. Vorbereitung: Martin Fochler

3. Kurs: Internationale Politik. 1930 bis 1960 – eine Theorie der internationalen Beziehungen wird als Teil der politischen Wissenschaften entwickelt. Grundlagenliteratur. Vorbereitung: Christoph Cornides

Beginn am 14. August um 14 Uhr, Ende nach Absprache am Sonntagvormittag. Ort: Jugendherberge Hochheimer Straße, und übernachten drei Minuten entfernt in der Jugendherberge Klingenstr. Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension betrugen zuletzt 26 Euro/Tag und Person.

Anmeldung bei: hanne-reiner@onlinehome.de.

Mitfahrgelegenheit aus Baden-Württemberg über: Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@ stuttgart.d.e